

## 106

**Gespräch des Bundesministers Scheel  
mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow in Sofia**

VS-NfD

25. März 1974<sup>1</sup>

Niederschrift über die Besprechung des Herrn Bundesministers mit dem Herrn Staatsratsvorsitzenden am 25. März 1974, 18.30 Uhr

Nach einem kurzen Tour d'horizon über die wirtschaftlichen Beziehungen, die der Aufnahme diplomatischer Beziehungen<sup>2</sup> vorangegangen sind und auch künftig den Schwerpunkt in den Beziehungen darstellen werden, äußerte Herr Schiwkow, daß Kredite bzw. Staatsbürgschaften zur Ausweitung des Handelsvolumens beitragen könnten.

*Scheel:*

- 1) Handelsbilanz-Defizite sind nicht eo ipso negativ.
- 2) Sie können bei internationaler Flexibilität multilateral ausgeglichen werden.
- 3) Dienstleistungen, vor allem Tourismus, stellen einen weiteren Ausgleich dar.
- 4) Intensive technische Zusammenarbeit schafft die Voraussetzungen für eine Entwicklung der Wirtschaftskraft des defizitären Partners und damit die Aussicht, das Defizit zu verringern.
- 5) Was Kredite angeht, sind wir zu ihrer Gewährung zu internationalen Bedingungen und zu den Konditionen unseres privaten Kapitalmarktes bereit. Sie kennen unsere Verhandlungen mit der SU über das Stahlwerk Kursk.<sup>3</sup> Am Schluß der Verhandlungen erklärte die SU, die erste Tranche (die dreimal so groß wie das jährliche Handelsvolumen der BRD mit Bulgarien ist) in bar zahlen zu wollen. Die Kosten des Gesamtwerkes betragen rund sieben Mrd. DM verglichen mit den ca. 670 Mio. DM unseres beiderseitigen jährlichen Handelsvolumens.

*Schiwkow:* Eine passive Bilanz ist ein beweglicher Faktor, den wir mit dem Ausdruck „heißes Eisen“ benennen. Wenn wir restriktiv werden, so beeinträchtigen wir das Wirtschaftsvolumen. Wir haben keine Angst vor Krediten, sind uns aber bewußt, daß wir jeden Tag dafür zahlen müssen.

*Scheel:* Die Frage von Krediten stellt sich ja erst, wenn ein größeres Projekt ansteht. Dann kommt es auf die Umstände an. Wir sind aber immer vom privaten Kapitalmarkt abhängig. Zur Zeit herrschen hohe Zinsen, d. h. wir schränken die Produktivität mit dem Instrument von<sup>4</sup> Zinsen ein und gewährleisten damit relativ niedrige Preise. Würden wir die Zinsen senken, so würden die Prei-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Menne, Sofia, am 29. März 1974 mit Schriftbericht Nr. 229 übermittelt.

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander am 4. April 1974 vorgelegen.

<sup>2</sup> Die Bundesrepublik und Bulgarien nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 420.

<sup>3</sup> Zum Stand der Verhandlungen über die Errichtung eines Hüttenwerks im Gebiet von Kursk vgl. Dok. 88, Anm. 11.

<sup>4</sup> Korrigiert aus: „vor“.

se ansteigen. In diesem Sinne habe wir mit der SU argumentiert und sie haben uns, obwohl wir sie als harte Verhandler kennengelernt haben, uns den Zuschlag – und das sogar auf der Basis von Barzahlungen – gegeben.<sup>5</sup>

*Schiwickow:* Ich glaube, wir haben auch einen Ruf als harte Verhandler.

*Scheel* (scherzend): Ich sprach von der SU, um nicht direkt zu sagen, daß Sie ein harter Verhandler sind.

*Schiwickow:* Wir vergrößern unsere Investitionen kräftig.

*Scheel:* Sie haben ja größere Zuwachsraten als wir.

*Schiwickow:* Mit einem großen Teil der für Investitionen eingeplanten 30 Milliarden Lewa werden wir im Westen einkaufen.

*Scheel:* Wo wollen Sie die Schwerpunkte bilden?

*Schiwickow:* In der Kooperation innerhalb des RGW, vor allem mit der SU, spezialisieren wir uns auf die chemische Industrie, den Maschinenbau und die Mechanisierung der Landwirtschaft. In dieser Kategorie haben wir die größten Betriebseinheiten der Welt. Obwohl unsere Erträge steigen, werden wir unseren Agrarexport einschränken müssen, da der heimische Konsum wächst.

Um zu Fragen der Außenpolitik zu kommen: wir schätzen Ihre Politik und werden sie stets stützen, um gemeinsam den Frieden zu bewahren.

*Scheel:* Unsere Politik fußt auf drei Grundsätzen

- 1) Wir betreiben die europäische Einigung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Das tun wir in allen Bereichen, also auch in der Außenpolitik.
- 2) Wir betreiben die europäische Einigung unter Aufrechterhaltung der atlantischen Kooperation.
- 3) Wir betreiben die Annäherung zwischen dem sich einigenden Europa und dem restlichen Europa, vor allem den Ländern des Warschauer Paktes.

Die Entspannungspolitik und die europäische/atlantische Bündnispolitik gehen nebeneinander her.

Wenn eine Politik<sup>6</sup> dieser Ausrichtung, die wir ja in der KSZE diskutieren, Erfolg hat, dann wird es eines Tages möglich werden, die Rüstungen in Europa zu senken. Das ist ein einfach zu formulierendes Ziel, das aber schwer zu realisieren ist. Immerhin ist schon ein auch nicht leichter Teil geschafft: nämlich die Ordnung des Verhältnisses zu unseren östlichen Nachbarn.

*Schiwickow:* Was tut sich in der KSZE?

*Scheel:* Man tritt jetzt in die Phase der Formulierungen ein. Vielleicht kann im Herbst dieses Jahres der Übergang in die dritte Phase vollzogen werden. Wir wissen, daß manche Regierungen wünschen, daß die dritte Phase auf hoher Ebene stattfindet. Das hängt, meinen wir, vom Resultat der zweiten Phase ab.

*Schiwickow:* Wird Bundeskanzler Brandt die SU besuchen? Oder hat er seine Reisepläne aufgeschoben?

<sup>5</sup> So in der Vorlage.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Wenn sich eine Politik“.

*Scheel:* Sie sind aufgeschoben, aber nicht auf längere Frist. Das liegt u. a. daran, daß wir zur Zeit in der Europäischen Gemeinschaft Präsidialmacht sind.<sup>7</sup> Die Reise wird vielleicht vor der Jahresmitte stattfinden.

*Schiwickow:* Und dann wird über die Meinungsverschiedenheiten über West-Berlin gesprochen?

*Scheel:* Ich würde das nicht so nennen. Andererseits handelt es sich hier um schwierige und komplexe Fragen. Es ist sicher nicht wünschenswert, daß der Bundeskanzler in die SU fährt und dann Einzelfragen besprechen müßte.

Es geht um folgende Komplexe: Da ist die Frage der konsularischen Vertretung der West-Berliner, die wir gemäß dem Vier-Mächte-Abkommen<sup>8</sup> zu regeln gedenken. Dann der Rechtshilfeverkehr. Dazu habe ich mit Außenminister Gromyko eine Einigung im Grundsatz erreicht<sup>9</sup>, aber die Implementierung braucht Zeit. In diesem Zusammenhang ist es von Bedeutung, daß wir mit der DDR verschiedene Vereinbarungen beschlossen haben, u. a. über die gegenseitigen Vertretungen<sup>10</sup>, ferner über die Nachfolgeverhandlungen nach dem Grundlagenvertrag.<sup>11</sup> Es sind also doch langsame Fortschritte zu verzeichnen.

*Schiwickow:* Was die europäischen Konferenzen angeht, so wissen wir, daß Vereinbarungen ohne die SU nicht zustande kommen. (scherhaft)

Sie können sich darauf verlassen, wenn Sie etwas mit der SU vereinbaren, so stehen wir unerschütterlich hinter Ihnen. Europa kann sich keinen Krieg mehr leisten. Diese Erfahrung hat Bulgarien selbst zu oft gemacht. Es gibt bei uns die Redensart: Bulgarien hat alle Kriege gewonnen, aber jedesmal Territorium verloren.

Wir hoffen sehr, daß Willy Brandt Gelegenheit findet, Bulgarien zu besuchen und daß wir Sie beim nächsten Mal in anderer Eigenschaft wiedersehen können.<sup>12</sup>

Eine andere uns beide interessierende Frage ist ja die Entwicklung bei dem Erdöl. Das schafft eine Reihe ziemlicher Probleme. Die Araber verlangten zur Zeit 120 Dollar für die Tonne Öl, während anderswo nur 75 Dollar verlangt würden.

*Scheel:* Ja – wie wir sagen: Bei Geld hört die Freundschaft auf.

*Schiwickow:* Nun ist unser Bezug von Öl diversifiziert: Von den zwölf Mio. Tonnen, die wir brauchen, beziehen wir neun Mio. Tonnen von der SU.

7 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

8 Vgl. dazu Anlage IV A zum Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971; Dok. 22, Anm. 11.

9 Für die Vereinbarung vom 3. November 1973 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Aufnahme von Gesprächen zu Fragen der Rechtshilfe vgl. Dok. 35.

10 Für den Wortlaut des Protokolls vom 14. März 1974 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über die Errichtung der Ständigen Vertretungen vgl. BULLETIN 1974, S. 337f. Vgl. dazu auch Dok. 79.

11 Vgl. dazu Artikel 7 des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR; Dok. 18. Anm. 7.

12 Am 14. Dezember 1973 wurde Bundesminister Scheel vom Bundesvorstand der FDP zum Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten am 15. Mai 1974 nominiert. Die Nominierung wurde von der SPD unterstützt. Vgl. dazu den Artikel „FDP schlägt Scheel als Kandidaten vor“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 15. Dezember 1973, S. 1.

*Scheel:* Wie ich höre, verkaufen die Freunde in der SU das Öl jetzt auch teurer.

*Schiukow:* Sie verkaufen es an uns für 16 Rubel die Tonne. Sie wird die Preise nicht erhöhen; wir werden die Preise für Lebensmittel auch nicht erhöhen.

*Scheel:* Diese Preiserhöhungen bereiten uns ein ernstes Problem. Wir hätten Verständnis dafür, wenn die Ölpreise parallel zu den Preisen der Industrieprodukte steigen würden, aber es gibt eine Grenze, die ohne Schaden für die Stabilität der Weltpreise nicht überschritten werden kann. Wenn die Industrieländer unserer Welt in ernste Schwierigkeiten kommen, werden die Rohstoff- und Erdölländer das zu spüren bekommen.

*Schiukow:* Dem stimmen wir zu. Was kann man tun?

*Scheel:* Es ist ja eine Sondersitzung der Generalversammlung in New York<sup>13</sup> vorgesehen. Dort werden wir die Situation diskutieren.

*Schiukow:* In diesem Vorhaben stehen wir hinter Ihnen.

*Scheel:* Die Nachfrage nach Industriegütern wird in zehn Jahren höher sein als die nach Öl. Die Ölländer steigern die Nachfrage nach Industriegütern, wenn die Ölerlöse auf den Weltmarkt kommen.

*Herr Brunner:* Und die Substitution wird beschleunigt. Die Atomenergie stellt ein großes Potential dar, einmal als Energiequelle und zum anderen, wenn mit ihrer Hilfe Kohle billig verflüssigt werden kann.

*Schiukow:* Wir haben große Mengen Ölschiefer, ca. acht Mrd. Tonnen, und studieren die Möglichkeiten, diese Vorräte auszubeuten. Wir streben an, daraus jährlich etwa fünf Mio. Tonnen Erdöl zu gewinnen.

*Scheel:* Mit diesen Fragen hat sich die Energiekonferenz in Washington<sup>14</sup> beschäftigt. Die Fortführung dieser Konferenz läuft auf eine weltweite Zusammenarbeit aller Interessierten zur Entwicklung neuer Methoden hinaus.

*Schiukow:* Wir arbeiten mit den Vereinigten Staaten bei der Erforschung von Methoden zur Verflüssigung von Steinkohle zusammen.

*Scheel:* In diesen Verfahren haben wir eine längere Erfahrung und liegen ziemlich an der Spitze.

*Schiukow:* Ja, wir erwägen, auch auf diesem Gebiet Lizenzen zu erwerben.

*Scheel:* Übrigens: Wenn wir an Verflüssigung denken, so denken wir dabei nicht an die Verflüssigung unserer Kohle.

*Schiukow:* Befinden Sie sich schon in einer praktischen Phase?

*Scheel:* Nein, noch in einer experimentellen. Immerhin haben wir zum ersten Male in einem Atomreaktor eine Temperatur erreicht, um Kohle industriell verflüssigen zu können, und zwar bei 950 Grad. Das ist billiger als die bisherigen Methoden.

*Schiukow:* Wir studieren und wir suchen. Erdgas haben wir leider nicht gefunden. Wir arbeiten aber breit an der Erforschung der Nutzungsmöglichkeiten bei dem Ölschiefer.

<sup>13</sup> Zur Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über Rohstoffe und Entwicklung vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York vgl. Dok. 121.

<sup>14</sup> Zur Energiekonferenz vom 11. bis 13. Februar 1974 in Washington vgl. Dok. 49.

*Scheel:* Öl und Gas werden bald erschöpft sein. Bei der Kohle schätzen wir, daß die Welt noch für 8000 Jahre Reserven hat. Diese Vorräte dürften jedenfalls nicht in unserer Amtszeit erschöpft werden.

*Schiwkow:* Sagen Sie das nicht.

*Scheel:* A propos, wie wird man so alt in Bulgarien?

(Das Gespräch wandte sich dem Bacillus bulgaricus<sup>15</sup>, der bulgarischen Landschaft und anderen Allgemeinheiten zu. Bald danach löste sich die Gesprächsordnung auf und man sah sich in einem Nachbarraum die Abendnachrichten im Fernsehen an. Nach dem Abendessen wurden in einem größeren Salon Orchester-, Chor- und Gesangsdarbietungen angehört.)

**Referat 214, Bd. 133299**

## 107

### **Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow in Sofia**

**VS-NfD**

**26. März 1974<sup>1</sup>**

Niederschrift über die Besprechung des Herrn Bundesministers mit dem bulgarischen Außenminister, Herrn Peter Mladenow, am 26. März 1974 um 10.00 Uhr.

*Bundesminister:* Unsere Politik fußt auf drei Maximen.

- 1) Wir betreiben die europäische Einigung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und zwar in allen Bereichen, also auch in der Außenpolitik.
- 2) Wir betreiben die europäische Einigung unter Aufrechterhaltung der atlantischen Kooperation.
- 3) Wir betreiben die Annäherung zwischen dem sich einigenden Europa und dem restlichen Europa, vor allem den Ländern des Warschauer Paktes.

Dabei gehen die Entspannungspolitik und die europäisch/atlantische Bündnispolitik nebeneinander her.

*Zur Europäischen Gemeinschaft:*

Würde man eine Momentaufnahme von der Situation machen, so würde sie sich weniger günstig präsentieren. Die Situation ist dagegen langfristig gesehen gut und bietet keinen Anlaß zur Skepsis. Objektiv wird es immer wieder Probleme geben.

Die Zollunion ist vollendet und der Agrarmarkt funktioniert. Das ist ein Teilmarkt, der Gesamtmarkt wird sich nur europäisieren lassen, wenn auch die

<sup>15</sup> Der Bacillus bulgaricus wird zur Herstellung von Joghurt benötigt.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Menne, Sofia, am 29. März 1974 mit Schriftbericht Nr. 229 übermittelt.  
Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander am 4. April 1974 vorgelegen.

Politik in anderen Bereichen angenähert werden kann. Deshalb haben wir uns das Ziel der Integration zu einer Wirtschafts- und Währungsunion<sup>2</sup> gesetzt.

Die internationale Währungssituation und die monetäre Krise, die ja kein europäisches, sondern ein Weltphänomen sind, haben uns gehindert, dieses Ziel termingerecht zu erreichen. Wir bleiben bei diesem Ziel; wir müssen die Arbeit beschleunigen und andererseits die Fristen verlängern.

Durch die Regierungsumbildung in Großbritannien<sup>3</sup> wurde eine gewisse Unsicherheit in die Perspektive der weiteren Entwicklung getragen. Wir haben nach ersten Kontakten mit der neuen Regierung<sup>4</sup> den Eindruck, daß GB sich nicht aus der Gemeinschaft lösen, sondern im positiven Geist weiterarbeiten will. GB hat gewisse Wünsche hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften<sup>5</sup>, die diskutiert werden müssen. Vielleicht dauert die Unsicherheit bis zu Neuwahlen, die vielleicht in diesem Jahr noch kommen. Ich bin davon überzeugt, daß nach neuen Wahlen jede britische Regierung klar für die EG sein wird.

Jenseits der Verpflichtungen aus den Römischen Verträgen<sup>6</sup> gibt es intergouvernementale Zusammenarbeit. Sie ist institutionalisiert, d.h. es wurden gewisse Organe dafür gebildet. Diese Zusammenarbeit hat sich weiter als gedacht entwickelt.

Die Politische Union soll nicht nur wirtschaftliche und soziale Elemente umfassen, sondern auch Außenpolitik und Sicherheitspolitik. Aber auch eine solche Politische Union ist nur möglich im Rahmen der NATO. Die Sicherheit in Europa ist nur zu garantieren, wenn die Vereinigten Staaten zum atomaren Gleichgewicht in Europa beitragen.

Aus der politischen Zusammenarbeit in Europa ergeben sich gewisse Probleme im Verhältnis zu den USA.

<sup>2</sup> In Ziffer 8 des Communiqués der Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag beschlossen die Teilnehmer die Ausarbeitung eines Stufenplans zur Verwirklichung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1970, D 44. Vgl. dazu ferner AAPD 1969, II, Dok. 385.

Auf der Grundlage eines am 8. Oktober 1970 vorgelegten Berichts einer Arbeitsgruppe unter Vorsitz des luxemburgischen Ministerpräsidenten Werner („Werner-Bericht“) nahm der EG-Ministerrat am 9. Februar 1971 in Brüssel eine Entschließung über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb eines Zeitraums von zehn Jahren, beginnend am 1. Januar 1971, an, die am 22. März 1971 offiziell verabschiedet wurde. Endziel war der freie Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die „vollständige und irreversible Konvertibilität der Währungen“ als Voraussetzung der Schaffung einer einheitlichen Währung. In einer ersten, auf drei Jahre angelegten Stufe sollte die Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedstaaten u.a. durch Steuerharmonisierungen schrittweise koordiniert werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1971, D 139–144, sowie BULLETIN DER EG 5/1971, S. 114. Vgl. dazu ferner AAPD 1971, I, Dok. 59.

<sup>3</sup> Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 28. Februar 1974 und zur Regierungsbildung am 4. März 1974 vgl. Dok. 65, Anm. 3.

<sup>4</sup> Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Brandt und des Bundesministers Scheel mit dem britischen Außenminister Callaghan am 21. März 1974; Dok. 99 und Dok. 100.

<sup>5</sup> Zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen vgl. Dok. 99, Anm. 3, und Dok. 133.

<sup>6</sup> Korrigiert aus: „Römer Verträgen“.

Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 753–1223.

Eine eigene politische Meinung Europas in Weltfragen ist für die Vereinigten Staaten ein Phänomen. Die USA sind für den Zusammenschluß und für eine gemeinsame Meinung der Europäer, aber es wird deutlich, daß, so wie die Dinge sich in Europa weiterentwickeln, neue Formen der Konsultationen nötig werden. Darüber sind wir im Gespräch. Ein Beispiel für die neue Situation in Europa ist der europäische Dialog mit der arabischen Welt. Das ist ein schwieriges politisches Vorhaben, denn wenn wir das langfristig anlegen, müssen wir bedenken, daß wir die Friedensbemühungen nicht stören dürfen und daß Energiefragen nur weltweit gelöst werden können.

Die BRD mußte hier eine gewisse Initiative ergreifen, weil sie ein ungeklärtes Verhältnis zu den Arabern hat, das den Beziehungen zwischen West- und Ost-Europa im Wege stand. Was wir Entspannungspolitik nennen, ist allen west-europäischen Staaten gemeinsam; sie wird zudem zunehmend in multilaterale Gremien verlagert: KSZE und MBFR. (Über die Namensgebung der MBFR gab es ein scherhaftes Wechselsgespräch).

Die KSZE sollte bald in ihre Schlußphase einmünden. Wie ich Ihrem Staatsratsvorsitzenden sagte<sup>7</sup>, sind wir offen, was die Ebene der dritten Phase angeht. Wenn eine Mehrheit für eine sehr hohe Ebene eintreten sollte, dann kann man darüber sprechen; wenn man sich auf die Ebene der Außenminister einigt, ist es auch gut. Wichtig für uns ist ein sachlicher Erfolg und die Ausgewogenheit einer Schlußdeklaration der zweiten Phase. Darunter verstehen wir, daß gewisse, im internationalen Recht schon vorhandene Prinzipien bekräftigt werden. Ein neues regionales Völkerrecht streben wir nicht an.

Ferner müssen die Kontaktmöglichkeiten für die Menschen in Europa vermehrt werden. Dabei spielen die Gebiete der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik eine große Rolle. Nun ist die Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Ländern nur möglich, wenn man sich strikt der Einmischung in innere Angelegenheiten enthält. Das ist wichtig: mehr Zusammenarbeit, trotz verschiedener politischer und gesellschaftlicher Verhältnisse.

Zu MBFR: Dieser Konferenz liegt folgender einfacher Gedanke zugrunde: Wenn das politische Vertrauen und die Zusammenarbeit in Europa wachsen, dann sollte es möglich sein, das europäische Gleichgewicht, das besteht, auf niedrigerer Ebene zu bewahren. Das alles aber erfordere ein sehr sorgfältiges Verhandeln.

*Außenminister:* Die Außenpolitik Bulgariens ist entlang dreier Richtlinien orientiert.

In erster Linie steht für uns die Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft,

in zweiter Linie die Beziehungen mit dem Westen auf der Basis des Prinzips der friedlichen Koexistenz,

in dritter Linie die Gewährung von Entwicklung und Hilfe an die Dritte Welt und die Unterstützung der Nationalen Befreiungsbewegung.

<sup>7</sup> Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 25. März 1974 in Sofia vgl. Dok. 106.

Insgesamt versuchen wir, im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag zur Entspannung in der Welt zu leisten.

Zu der Genfer Konferenz:

Wir messen allen Themen, die dort zur Diskussion stehen, große Bedeutung bei. Offen gesagt, verlaufen uns die Arbeiten der zweiten Etappe zu langsam. Wir halten es für die Pflicht aller beteiligten Regierungen, die Experten zu mehr Tempo zu zwingen, was aber natürlich nicht zum Schaden der dort zu erarbeitenden Dokumente gehen darf.

Zum ersten Punkt („Korb“): Alles dort Erörterte ist von großer Bedeutung. Wir sind dafür, daß dies zu den „Zehn Geboten“ erhoben wird. Bedeutend ist ferner die Forderung nach Unverletzlichkeit der Grenzen, wobei wir Ihre Verträge mit mehreren Oststaaten als bemerkenswert bewerten. Nun werden Ideen über die friedliche Veränderung von Grenzen vorgetragen. Jedoch könnten selbst solche Vereinbarungen kontroverse Fragen aufwerfen. Schon häufig in der Geschichte ist zunächst die Möglichkeit friedlicher Revision von Grenzen gefordert worden und es kam dann doch zum Schluß zum Krieg. Wir anerkennen jedoch, daß es sich hier um ein kompliziertes Gebiet handelt.

Wir sind einverstanden mit dem Prinzip der Nichteinmischung; das muß in die Dokumente und zwar in die Präambel des dritten Punktes („Korbes“) zusammen mit „Achtung vor Tradition und Geschichte“.

Wichtig ist auch die Beseitigung von Diskriminierungen in Wirtschaft und Außenhandel.

Was die Schaffung von Organen betrifft, möchten wir folgendes zu bedenken geben. Selbst wenn die Beschlüsse der KSZE die besten wären, könnten sie nicht alles lösen. Es ist ja mit neuen, unvorhergesehenen Problemen zu rechnen, und dafür braucht man dann Organe.

Wir sind für eine hohe Ebene für die Konferenz der dritten Phase. Und zwar glauben wir, daß die vorsichtiggehenden konstruktiven und positiven Prozesse in Europa dadurch ermutigt werden würden.

Zur Wiener Konferenz:

Dort hat sowohl die SU wie die USA einen Entwurf<sup>8</sup> vorgelegt. Nach unserer Analyse basiert das sowjetische Dokument auf der Übereinstimmung, die in den vorangegangenen Konsultationen erreicht wurde.

Zu dem US-Dokument haben wir folgende ernste Bemerkungen:

- Es faßt nur Landstreitkräfte ins Auge; Atomwaffe und Luftwaffe bleiben außerhalb der Reduzierungen.
- Alle Welt spricht davon, daß die Sicherheit zu einem bestimmten Grade auf Gleichgewicht zurückgeht; demgegenüber sieht der Entwurf der US vor, daß die Reduktionen der Streitkräfte des Warschauer Paktes das Dreifache von dem der westlichen Streitkräfte betragen solle. Wenn die Feststellung, daß ein Gleichgewicht vorhanden ist, gilt, was wir als richtig ansehen, dann ist das Verlangen der Amerikaner nicht fair.

<sup>8</sup> Zum sowjetischen Entwurf vom 8. November 1973 für ein MBFR-Abkommen vgl. Dok. 6, Anm. 12. Zu den am 22. November 1973 von den an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vorgelegten Rahmenvorschlägen vgl. Dok. 9, Anm. 2.

- Der amerikanische Entwurf sieht eine Verringerung nur der sowjetischen und amerikanischen Streitkräfte vor. Ihre Vertreter sprechen von Reduzierungen in Phasen. Liegt eine Veränderung Ihrer Konferenzhaltung vor? Sie traten früher für gleichzeitige Verringerung aller Streitkräfte ein.
- An diese Fragen muß man mit dem Gefühl höchster Verantwortung herangehen. Reden wir nicht über den ökonomischen Effekt solcher Verringerungen.

Unsere Haltung zu den Problemen des Nahen Ostens ist unverändert. Eine der wichtigsten Aufgaben ist hier die Lösung der Frage Palästinas. Ohne eine solche Lösung ist ein dauerhafter Frieden nicht möglich.

Die Lage auf dem Balkan: Alles, was in der Welt vorhanden ist, ist auf dem Balkan ebenfalls vorhanden und zwar en miniature. Wir haben hier sozialistische Gesellschaften nach dem sowjetischen Muster (Bulgarien), nach eigenständigem Muster (Jugoslawien) und nach chinesischem Muster (Albanien). Andere Staaten richten sich nach einem Junta-Modell aus (Griechenland). Die Türkei erscheint uns als ein bürgerlicher Staat, allerdings mit wechselhaften Entwicklungen und wachsendem Einfluß der Militärs.

Auf dem Balkan spielen die Nachfolgen der Geschichte eine wichtige Rolle. Unsere Politik ist aktiv und voll guten Willens. Das gilt im Verhältnis zu allen Ländern dieser Region. Das gründet sich darauf, daß wir einen beträchtlichen Wirtschaftszuwachs, nämlich 15 bis 20%, erreicht haben, und die Perspektiven für einen weiteren Ausbau günstig erscheinen. Kurz: Bulgarien ist am Frieden interessiert und will alle Mittel für den Aufbau einsetzen. Vorhandene Probleme sollten kein Hindernis für eine gute gemeinsame Politik sein.

*Bundesminister:* Diesem von Ihnen genannten Muster, das man auch als Überwindung der historischen Hypothesen bezeichnen könnte, entspricht innerhalb unserer Politik das Abkommen mit der ČSSR.<sup>9</sup>

Ein paar Bemerkungen zu Ihren Ausführungen:

Ich habe ja bestimmte Schwerpunkte unserer Politik aufgezeichnet. Das heißt nicht, daß sich damit unsere Aufmerksamkeit gegenüber den Problemen in der Welt erschöpft. Wir betreiben den Entwicklungsländern gegenüber eine sehr aktive Politik. Das Verhältnis zwischen den Entwicklungs- und Industrieländern ist ja in Folge der Energiekrise noch wichtiger geworden. Außerdem ist es notwendig, das beängstigende soziale Gefälle zwischen Nord und Süd zu mindern. Wir unterhalten daher zu allen Entwicklungsländern intensive bilaterale Beziehungen und leisten hohe materielle Hilfe. Wir entwickeln ferner zur Zeit eine europäische Entwicklungspolitik und beteiligen uns darüber hinaus an allen internationalen Maßnahmen. Zum Nahost-Konflikt: Hierzu hat Europa im November 1973 eine eigene Politik entwickelt<sup>10</sup>, formuliert und vor der Welt vertreten. Sie ist auf den verschiedenen Deklarationen der VN aufgebaut und enthält auch den Gesichtspunkt, daß die Interessen der Palästinenser in einer

<sup>9</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über die gegenseitigen Beziehungen vgl. BULLETIN 1973, S. 757 f.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973; Dok. 10, Anm. 6.

Friedensregelung voll bewahrt werden. Wir hoffen jedenfalls, daß die aktuellen Bemühungen um Frieden Erfolg haben werden.

Zu den zwei wichtigen Konferenzen (KSZE, MBFR):

Ich teile die Auffassung, daß die Beschlüsse der zweiten Phase nicht auf Kosten der Qualität der Resultate gehen sollen. Das Problem ist nicht das Tempo, sondern die Ausgewogenheit der Dokumente. Dazu bestehen natürlich unterschiedliche Interessen; also ist eine Abstimmung notwendig.

Auch wir widmen dem Thema Grenzen besondere Aufmerksamkeit. Wie Sie bereits sagten, haben wir unsere Auffassung zu dieser Frage in mehreren Verträgen niedergelegt. Jeder Versuch, Grenzen gewaltsam zu ändern, bedeutet Krieg – und deswegen sind wir für die Unverletzlichkeit der Grenzen. Aber die Absprachen dürfen die freiwillige Aufhebung (einschließlich Veränderungen) der Grenzen auf dem friedlichen Wege von Verhandlungen nicht ausschließen. Dies ist wichtig, da das logische Ziel der europäischen Einigungsbemühungen die Schaffung neuer gemeinsamer Grenzen ist; die Erreichung dieses Ziels darf durch Deklarationen nicht verbaut werden. Ferner müssen wir diese Frage auch deswegen offenhalten, da noch kein endgültiger Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen ist. Formulierungen, wie wir sie in unseren Ostverträgen gebraucht haben, erscheinen daher auch für die Deklarationen der zweiten Phase geeignet.

Um es noch einmal ganz klar zu machen: Wir haben keine territorialen Ansprüche, die etwa hinter dieser Haltung stünden.

Im Wirtschaftsverkehr gibt es übrigens auch deswegen Schwierigkeiten, weil an dem Austausch verschiedene Systeme und Strukturen teilnehmen. In Westeuropa z. B. ergibt sich die Zusammenarbeit spontan, während die Zusammenarbeit zwischen unseren Wirtschaftsordnungen und den Staatshandelsländern organisiert werden muß.

Nun noch eine Bemerkung zu Genf: Was Nachfolgeorgane angeht, sollten wir möglichst flexibel sein. Natürlich müssen wir die Verwirklichung der Beschlüsse und Nachfolgemaßnahmen beobachten, Anregungen geben und Kritik üben, wenn etwas nicht eingehalten wird. Auch dürfte es sich als nötig und zweckmäßig erweisen, aufkommende Probleme zur Erledigung an bereits bestehende Organisationen zu übergeben. Jedenfalls sollte man sich mit flexiblen Arrangements zufrieden geben. Von Zeit zu Zeit könnte man die Entwicklung überprüfen, Kritik üben und Anregungen geben, einschließlich der Anregung zu einer weiteren Konferenz, etwa einer Überprüfungskonferenz.

Zur MBFR: Sie bedauern, daß nur die Landstreitkräfte reduziert werden. An sich wäre es mir auch lieb, wenn wir die nuklearen Waffen ebenfalls einbeziehen könnten. Das aber ist eine Illusion, da sie leicht aus dem Verringungsraum zurückgezogen werden können und daher weiter wirksam bleiben.

Was das Gleichgewicht angeht, so herrscht zur Zeit folgende Lage: Bei den Landstreitkräften und bei den konventionellen Luftstreitkräften herrscht ein Ungleichgewicht zugunsten des Warschauer Paktes und der SU. Dem steht gegenüber ein Ungleichgewicht bei den nuklearen Waffen zugunsten der Vereinigten Staaten. Insofern könnte man von einem Ausgleich sprechen. Ich muß aber hinzufügen, daß in dem nuklearen Bereich die SU im Begriff ist, in ver-

schärfstem Maße quantitativ und qualitativ aufzurüsten, so daß der Ausgleich eliminiert und damit das Ungleichgewicht bei den Landstreitkräften akzentuiert wird.

Es besteht also ein Zusammenhang zwischen MBFR und SALT; wir werden sehen, was sich in SALT tut und dann weiter verhandeln. Um es noch einmal zu formulieren: Unser Ziel ist es, das Gleichgewicht der Streitkräfte aufrechtzuerhalten, aber auf niedrigerem Niveau.

Es ist zutreffend, daß die BRD der Meinung ist, daß alle Streitkräfte in die Reduktion eingeschlossen werden sollen.

*Außenminister:* Noch jetzt?

*Bundesminister:* Das werde ich relativieren. Nämlich, die Reduzierung sollte in Etappen stattfinden und in der ersten Etappe sollen die Streitkräfte der SU und der Vereinigten Staaten in einer bestimmten Relation reduziert werden. Es ist also die BRD, die die Reduktion der Streitkräfte aller Beteiligten anstrebt, unter diesem Obergesichtspunkt der Handhabung in Etappen damit einverstanden, daß zunächst nur die SU und die USA reduzieren. Die Etappen dienen im übrigen dem Ziel, die Ergebnisse nach jedem Schritt kontrollieren zu können. Die Verhandlungen müssen sich auch auf die Frage der Gesamthöhe der Streitkräfte (common ceiling) erstrecken. Zum Begriff der Ausgewogenheit gehört, daß beide Seiten gleiche Zahlen von Streitkräften unterhalten. Ich stimme Ihnen zu, daß das Thema dieser Konferenz zu ernst ist, um zugunsten gewisser politischer Effekte etwas zu tun, das im Hinblick auf die Notwendigkeit der Erhaltung des militärischen Gleichgewichts leichtfertig sein könnte.

*Außenminister:* Für wann haben Sie denn die nächste Etappe ins Auge gefaßt?

*Bundesminister:* Zunächst müssen wir uns auf die Zahlen X für die SU und Y für die USA einigen, wobei es selbstverständlich ist, daß die Verringerungszahlen für die SU höher sein müssen. Mit einer solchen konkret vereinbarten Reduktion könnte man die Erklärung verbinden, daß in der nächsten Etappe auch die Streitkräfte anderer beteiligter europäischer Länder einbezogen werden sollen.

*Außenminister:* Ist es denn nicht möglich, einen Zeitpunkt festzulegen?

*Bundesminister:* Das kann ich nicht sagen. Vielleicht wird eine solche Aussage später möglich sein. Lassen Sie mich jedoch versuchen, den Unterschied zwischen der Reduktion der Streitkräfte der SU und der USA einerseits und der Streitkräfte der europäischen Länder andererseits zu erklären. Im ersten Bereich werden die Streitkräfte der USA nicht reduziert, sondern gehen über den Atlantik zurück. Desgleichen werden die Streitkräfte der SU nicht reduziert, sondern gehen in die SU zurück. Demgegenüber werden die Truppen in Polen, in der BRD, in der ČSSR usw. aufgelöst. Das bedeutet, extrem formuliert, folgendes: Wenn in der zur Verhandlung stehenden Region etwa alles auf Null reduziert würde, dann hätten die Staaten dieser Region keine Truppen mehr. Es würde in Europa auch keine US-Truppen mehr geben, wohl aber noch sowjetische. Wir betrachten es als hilfreich, die in Verringerungsmaßnahmen involvierte Tendenz an Hand eines solch extremen Beispiels zu zeigen.

108

**Gesandter Freiherr von Groll, z.Z. Genf, an das Auswärtige Amt****114-11276/74 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 462****Citissime****Aufgabe: 28. März 1974, 15.30 Uhr<sup>1</sup>****Ankunft: 28. März 1974, 20.55 Uhr**

Betr.: KSZE – Militärische Aspekte der Sicherheit

hier: Sitzung des Bundessicherheitsrates am 3.4.1974<sup>2</sup>**Sachstand und Bewertung****I. Allgemeiner Zusammenhang**

Die in der gegenwärtigen Phase der Textredigierung besonders zutage tretende Betonung der politischen Prinzipien (Unverletzlichkeit der Grenzen) durch die Sowjetunion einerseits und ihre äußerst restriktive Haltung bei dem militärischen Aspekten der Sicherheit andererseits sind der sichtbare Ausdruck dafür, daß für Moskau auf der KSZE die Fragen der politischen Sicherheit weit vor denen der militärischen Sicherheit in Europa rangieren. Die UdSSR verfolgt dabei das übergeordnete Ziel, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges politisch festzuschreiben und sich bilateral erzielte Ergebnisse multilateral bestätigen zu lassen, ohne dabei irgendwelche Beschränkungen militärischer Art in Kauf zu nehmen. Dadurch will sie ihre sicherheitspolitische Bewegungsfreiheit erhalten, ohne den Ausbau ihres militärischen Machtpotentials (Doppelfunktion nach innen und außen) einschränken zu müssen.

Im wirtschaftlichen Bereich vermeidet sie, sich in eine Demandeurposition zu begeben; im Bereich der Kontakte, der Information und der humanitären Fragen sucht sie, unvermeidliche Konzessionen durch restriktive Prinzipien (Selbstbestimmungsrecht, Nichteinmischung) auszugleichen. Um die Konzessionen im Kooperationsbereich möglichst niedrig halten zu müssen, ist Moskau neuerdings bereit, das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen durch einen ausdrücklichen Hinweis auf die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen an noch zu bestimmender Stelle im Prinzipienkatalog einschränken zu lassen.

**II. Militärische Aspekte der Sicherheit:**

- 1 In diesem Zusammenhang gewinnt unsere Forderung nach einer besonderen Herausstellung des Grundsatzes Bedeutung, daß die politischen und militäri-

1 Hat Botschaftsrat I. Klasse Gescher am 29. März 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Massmann verfügte.

Hat Massmann am 2. April 1974 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „2.4.1974.“

Botschafter Roth notierte aus der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. April 1974, Bundeskanzler Brandt habe zur zweiten Phase der KSZE geäußert, daß sie „keine Dauerveranstaltung“ werden dürfe und daß sie nach Möglichkeit bis zur Sommerpause abgeschlossen sein solle. Das Prinzip der friedlichen Grenzänderung erscheine erreichbar. Die anwesenden Minister seien der Ansicht gewesen, daß die dritte Phase der KSZE wahrscheinlich auf dem Niveau der Staats- und Regierungschefs stattfinden werde. Zur Einrichtung eines ständigen Organs im Anschluß an die KSZE habe Bundesminister Bahr zu bedenken gegeben, daß dieses nicht nur die USA in europäische Belange einbinden würde, sondern daß auch Berlin (West) als Sitz denkbar wäre. Vgl. VS-Bd. 9439 (220); B 150, Aktenkopien 1974.

schen Aspekte der Sicherheit sich gegenseitig ergänzen und in enger Wechselwirkung stehen. Es handelt sich hierbei um einen wichtigen Merkposten auch für unsere eigene Öffentlichkeit, daß mit der Lösung politischer Probleme und mit verstärkter Kooperation eine echte Entspannung und Sicherheit in Europa nicht herbeigeführt werden kann.

2) Die vertrauensbildenden Maßnahmen sind für uns eine Konkretisierung des Grundgedankens der Wechselwirkung zwischen politischen und militärischen Aspekten der Sicherheit. Unsere Schwerpunkte liegen bei den Parametern für die vorherige Ankündigung größerer militärischer Manöver und für den Austausch von Manöverbeobachtern. Es kommt darauf an, durch die Ausgestaltung dieser Parameter eine möglichst breite Basis für die Vertrauensbildung zu garantieren. Das bedeutet in der Reihenfolge der nach unserer Meinung gegebenen Wertigkeiten:

- einen ganz Europa umfassenden Anwendungsbereich für diese Maßnahmen mit ausreichendem Einschluß des europäischen Territoriums der Sowjetunion (die vier westlichen Militärbezirke),
- einen Notifizierungsinhalt, der einen hinreichenden Austausch sicherheitspolitisch relevanter Informationen gewährleistet,
- eine Ankündigungsschwelle, die für vernünftig gesetzt, also für uns militärpolitisch relevant ist und diesem Austausch eine gewisse Regelmäßigkeit garantiert (ab einer Division),
- Notifizierung an alle Teilnehmerstaaten, um Vertrauensbildung auf breiter Basis zu ermöglichen,
- frühzeitige Vorankündigung zur Vermeidung von Mißverständnissen und Beunruhigungen (60 Tage),
- Austausch von Manöverbeobachtern bei möglichst vielen Manövern, auch solchen mittlerer Größe.

3) Wir werden hierbei von den neutralen und ungebundenen Teilnehmerstaaten unterstützt. Diese gehen allerdings in Einzelfragen (Teilstreitkräfte, Schwellenwert, Anwendungsbereich) über unsere Zielsetzungen hinaus. Die Positionen der Neutralen und Ungebundenen eignen sich nur teilweise als Kompromißlösungen. Zum Teil sind sie für uns unannehmbar (Anmeldepflicht für multinationale Manöver jeder Größenordnung; andere vertrauensbildende Maßnahmen, die den Gebrauch der Streitkräfte einschränken sollen).

Insgesamt stärkt die Haltung der Neutralen unsere taktische Position.

4) Die restriktive sowjetische Haltung zu militärischen Aspekten der Sicherheit und insbesondere zu den Kriterien vertrauensbildender Maßnahmen hat sich im Laufe der ersten Phase der Textrevidierung noch verstieft.<sup>3</sup> Nunmehr

<sup>3</sup> Ministerialdirektor van Well legte am 19. März 1974 dar, die Haltung der UdSSR zur Vorankündigung von Manövern habe sich verhärtet, und sie verfolge bei der KSZE in Genf eine Verzögerungstaktik, „um dann unter dem Zeitdruck der Schlüssephase mit einer minimalistischen Lösung davonzukommen.“ Man müsse deshalb auf der Verpflichtung zur Vorankündigung von Manövern bestehen, und bezüglich des geographischen Geltungsbereichs müsse klar sein, „daß es sich bei der KSZE um eine Konferenz handelt, bei der es um die Region Europa geht. Eine Begrenzung des Geltungsbereichs für Vorankündigungen von Manövern auf Grenzgebiete, so wie sie auch nach dem letzten Stand der Diskussion in Genf die Sowjetunion immer noch fordert, müssen wir ablehnen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1178 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 9442 (221); B 150, Aktenkopien 1974.

hat die Sowjetunion durch Textvorschläge ihre Minimalvorstellungen konkretisiert.

- Geographischer Anwendungsbereich: Grenzgebiete („nahe den Grenzen in Europa“),
  - Vorankündigung größerer militärischer Manöver ab einem Armeekorps (Armee),
  - Notifizierungsinhalt: Name (!), Gebiet und zeitlicher Rahmen des Manövers,
  - Anmeldefrist: fünf Tage (!),
  - Notifizierung nationaler Manöver nur an Nachbarstaaten,
  - Austausch von Manöverbeobachtern nur bei „größeren“ Manövern (von Punkt 23 SE<sup>4</sup> nicht gedeckt!),
  - Vertagung des Problems der Vorankündigung größerer militärischer Bewegungen ad calendas graecas (can be resumed later, when the climate of detente is reinforced on the European continent).
- 5) Die Zusammenarbeit der NATO-Verbündeten in Brüssel und Genf ist gut. Sie wird andererseits durch unterschiedliche Interessenlagen kompliziert (z. B. Türkei und Norwegen mit einer besonderen Flankensituation). Das amerikanische „low profile“ auf der Gesamtkonferenz ist bei den militärischen Aspekten der Sicherheit besonders stark ausgeprägt; dies beeinträchtigt unsere taktische Situation gegenüber dem WP. Meinungsunterschiede zwischen den USA und den übrigen Bündnismitgliedern bestehen bei
- der Frage der Behandlung der größeren militärischen Bewegungen (USA: Aufgabe ohne Gegenleistung; Europäer plus Kanada: zeitlich beschränktes taktisches Instrument, das bei der Kompromißfindung von Wert sein könnte);
  - der Frage des Notifizierungsinhalts (USA: vage Ausgestaltung);
  - dem Grad der Verbindlichkeit der einzuhaltenden Verpflichtung (USA können die von den Briten vorgeschlagene Formulierung „will“ nicht akzeptieren).

### III. Zusammenfassung:

Die Aussichten für uns befriedigende Ergebnisse bei CBM sind daher zur Zeit nicht günstig:

- Sowjetunion ist nicht kompromißbereit; ihre Haltung hat sich eher verhärtet;
- es fehlt jede Abstimmung im eigenen Bündnis über Kompromißmöglichkeiten;
- es gibt keine westliche Position über den Stellenwert der militärischen Aspekte der Sicherheit im Rahmen der Gesamtkonferenz;
- die endgültige Reaktion der Neutralen und Ungebundenen ist ungewiß.

<sup>4</sup> Ziffer 23 der Schlußempfehlungen der multilateralen Vorgespräche für die KSZE vom 8. Juni 1973: „Um das Vertrauen zu stärken und die Stabilität und Sicherheit zu erhöhen, soll die Kommission/Unterkommission der Konferenz geeignete Vorschläge über vertrauensbildende Maßnahmen unterbreiten, wie die vorherige Ankündigung größerer militärischer Manöver auf einer von der Konferenz festzulegenden Grundlage und den Austausch von Beobachtern bei militärischen Manövern auf Einladung und unter gegenseitig annehmbaren Bedingungen. Die Kommission/Unterkommission prüft außerdem die Frage einer vorherigen Ankündigung größerer militärischer Bewegungen und unterbreitet ihre Schlußfolgerungen.“ Vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 596.

Daher besteht die Gefahr, daß wir am Ende der zweiten Phase der KSZE (Juni 1974?) in Zeitdruck geraten und eines unserer wesentlichen Konferenzziele nicht erreichen können.<sup>5</sup>

[gez.] Groll

VS-Bd. 9442 (221)

109

## Deutsch-italienische Regierungsgespräche

203-321.11 ITA VS-NfD

29. März 1974<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-italienische Ministerkonsultationen am 29.3.74  
hier: erster Teil der Gespräche von 11.45 bis 13.30 Uhr

Der *Minister* dankte seinem italienischen Kollegen dafür, daß er die Initiative zu diesem Gespräch über die wesentlichen Probleme der europäischen Politik ergriffen habe<sup>2</sup> und bat ihn, zu sagen, welche Schwerpunkte er gesetzt sehen wollte.

Außenminister *Moro* dankte für die Möglichkeit des Gedankenaustausches und bezeichnete es als günstig, daß in der gegenwärtigen schwierigen Periode der

<sup>5</sup> Legationsrat I. Klasse Aurisch vermerkte am 5. April 1974, die NATO-Mitgliedstaaten müßten sich über die Minimalanforderungen zu den vertrauensbildenden Maßnahmen bei der KSZE einigen: „Eine für den Westen noch akzeptable Regelung müßte – nach der Besprechung mit BMVg bei 221 – folgendes enthalten: 1. den Einschluß der westlichen Militärbezirke der SU – absolut unverzichtbar – 2. eine sicherheitspolitisch relevante Auflage für die SU, Manöver anzukündigen. In den Einzelpunkten der Ankündigung (Divisionsstärke, 60-Tage-Frist) können wir in allen Fällen auf die sowjetischen Minimalvorstellungen heruntergehen, ohne daß die CBMs ihren Sinn ganz verlieren. Dieser liegt ohnehin nicht im Militärischen. Was immer bei den CBMs herauskommen kann, ein militärischer Sicherheitsgewinn durch Vorwarnzeit u. ä. ist nicht damit verbunden. Damit politisch aber nicht ein leicht zu entlarvendes Nichts herauskommt, muß die sowjetische Bereitschaft zum Kompromiß die genannten Punkte einschließen. Andernfalls ist von unserer Seite die Feststellung vorzuziehen, daß bei den vertrauensbildenden Maßnahmen keine Einigung erzielt werden konnte.“ Vgl. VS-Bd. 8071 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

Am 11. April empfahl Botschaftsrat I. Klasse Gescher, daß man die Osterpause bei der KSZE in Genf nutzen solle, um innerhalb der NATO und der EPZ eine Übereinkunft über die Mindestanforderungen im Hinblick auf vertrauensbildende Maßnahmen zu erzielen. Um die unerlässliche Unterstützung der USA für dieses Vorhaben zu gewinnen, müsse man „die amerikanische Abneigung gegen den Einschluß von Bewegungen in die vertrauensbildenden Maßnahmen“ umgehen. Vgl. VS-Bd. 9442 (221); B 150, Aktenkopien 1974.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Zierer und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Munz gefertigt und am 1. April 1974 von Munz dem Ministerbüro übermittelt. Hat Vortragendem Legationsrat Lewalter vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 561.

<sup>2</sup> Am 19. März 1974 suchte der italienische Botschafter Lucioli im Auswärtigen Amt um einen Gesprächstermin für den italienischen Außenminister Moro nach. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 195 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Munz; Referat 204, Bd. 101432.

deutsche Außenminister die Präsidentschaft inne habe.<sup>3</sup> Als Hauptthema nannte er die „Lage der Neun“, vor allem im Hinblick auf die Haltung Großbritanniens, und die „Beziehungen der Neun zu den Vereinigten Staaten“.

Der *Minister* schlug vor, zunächst einen Überblick über die Gespräche mit Außenminister Callaghan<sup>4</sup> zu geben und sagte:

1) Die britische Regierung hat nicht die Absicht, sich aus der Gemeinschaft zu lösen; sie hat zunächst die Absicht, ihre Interessen durch Verhandlungen im Rahmen der Gemeinschaft zu wahren. Sie beabsichtigt, am kommenden Montag (1. April) im Rat ihre Wünsche an die Gemeinschaft vorzutragen.<sup>5</sup> Diese konzentrieren sich in erster Linie auf die Agrarpolitik, die Beteiligung an der Finanzierung der Gemeinschaft und den Zugang von Drittländern zum Markt der Gemeinschaft. Die britische Regierung erwartet nicht, daß die anderen Staaten auf der kommenden Sitzung des Rates zu ihren Vorschlägen konkret Stellung nehmen, sondern möchte hierfür einen besonderen Ausschuß einsetzen, mit dessen Hilfe eine endgültige Stellungnahme etwa bis Weihnachten erarbeitet werden können. Das Ergebnis der Beratungen solle dem britischen Volk zur Entscheidung vorgelegt werden – wobei die britische Regierung ein positives oder negatives Votum abgeben werde. Sollte die Volksabstimmung ein Nein ergeben, würde Großbritannien förmliche Verhandlungen aufnehmen, die zu einem Austritt führen können, aber nicht müssen. Solange die im kommenden Rat eingebrachten Vorschläge diskutiert werden, ist die britische Regierung bereit, in der Gemeinschaft mitzuarbeiten, nicht aber, Fortschritten in der Integrationspolitik zuzustimmen. Minister Callaghan hat persönlich starke Vorbehalte gegen die WWU und die Europäische Union, Gebilde, die nur verständlich seien, wenn es eine europäische Regierung und ein europäisches Parlament gebe, was noch lange nicht der Fall sei. Innerhalb der Labour-Partei und im englischen Volk seien die Vorbehalte gegen die Europapolitik im übrigen sehr stark.

2) Das zweite Problem, das mit Minister Callaghan besprochen worden ist, betrifft die Frage der Konsultationen zwischen der Gemeinschaft und den USA, der H. Callaghan große Bedeutung beimißt. Nach seinen Vorstellungen ist jedes Mitglied frei, bilateral mit der amerikanischen Regierung jederzeit über alle Probleme zu sprechen. Er ist mit dem Vorschlag einverstanden, den wir dem Politischen Komitee vorgelegt haben.<sup>6</sup> Er schlug vor, daß dann, wenn ein Mitgliedstaat Konsultationen verlange, diese durchgeführt werden müßten, wenn die übrigen damit einverstanden seien. Sei ein solches Einverständnis nicht zu erreichen, könne die betreffende Sachfrage nicht mehr weiter behandelt werden.

Dritte, abschließende Stufe im Konsultationsverfahren sei ein Beschuß des Ministerrats über formelle Konsultationen. Während des gesamten Verfahrens aber sei jede Regierung frei, mit jedem Außenstehenden bilateral zu konsultieren.

3 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

4 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Brandt und des Bundesministers Scheel mit dem britischen Außenminister Callaghan am 21. März 1974 vgl. Dok. 99 und Dok. 100.

5 Zur EG-Ministerratstagung am 1./2. April 1974 in Luxemburg vgl. Dok. 99, Anm. 3.

6 Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Verfahren für Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten vgl. Dok. 89.

Dem europäisch-arabischen Dialog – auf eine ausdrückliche Frage nach der noch ausstehenden formellen Zustimmung Großbritanniens<sup>7</sup> – stimmt die britische Regierung im Prinzip zu, will ihn aber erst in Gang setzen, wenn über das Konsultationsverfahren Einigkeit besteht.

Callaghan mißt der EPZ größte Bedeutung bei. Sie ist nach seiner Meinung das Kernstück der Europäischen Zusammenarbeit. Es ist, so sagte der Minister, allerdings zu erkennen, daß die britische Regierung die EPZ nicht als dynamischen Prozeß in Richtung auf eine Europäische Union, sondern als intergouvernementale Zusammenarbeit sehe. Allgemein hat Callaghan eine angeborene Reserve gegenüber Europa. Er betrachtet ein einiges Europa – ganz im Gegensatz zu unserer Überzeugung – nicht als ein Ziel, für das sich Opfer lohnen. Er will vor allem im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Schritte in diese Richtung tun. Das hat wohl auch innenpolitische Aspekte: Er will die Labour-Partei nicht spalten und den gegenüber Europa kritischen Wählern entgegenkommen.

Callaghan bat, auf die Tagesordnung der kommenden Ministerratssitzung keine Probleme zu setzen, die es Großbritannien nicht erlauben, mitzuarbeiten. So sei noch nicht geklärt, welche Haltung die britische Regierung zum Regionalfonds einnehmen werde. Ferner sagte Callaghan, daß er auf eine feierliche Gestaltung des 25. Jahrestages der NATO<sup>8</sup> durch eine Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister großen Wert lege.

MD *Hermes* trug den wesentlichen Inhalt der für den kommenden Ministerrat geplanten britischen Erklärung vor, über die wir heute vorab unterrichtet worden sind.<sup>9</sup> Zunächst sei – entgegen dem ursprünglichen britischen Wunsch, der britische Außenminister solle die Sitzung eröffnen – Einverständnis darüber erzielt worden, daß der Präsident des Rats<sup>10</sup> und der Präsident der Kommission<sup>11</sup> die Sitzung eröffnen. Die britische Seite wird dann am 1. April ihre Vorstellungen vortragen und erwartet, daß die anderen Ratsmitglieder am 2. April in allgemeiner Form hierauf reagieren. Sie hofft, daß die Erörterung konstruktiv und ohne Streit vor sich gehe. Sie werde ihre Erklärung als Weißbuch publizieren.

Inhaltlich wird die britische Erklärung wiederholen, daß die britische Regierung daran zweifelt, ob es möglich und wünschbar sei, bis 1980 zu einer WWU und einer Europäischen Union zu gelangen.<sup>12</sup> Ihre konkreten Anliegen (Agrar-

7 Aufgrund der Bildung einer neuen Regierung in Großbritannien am 4. März 1974 hatte der neue britische Außenminister Callaghan nicht an der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel teilgenommen. Vgl. dazu Dok. 77.

Für die Zustimmung von Callaghan zur Einleitung des europäisch-arabischen Dialogs vgl. Dok. 111.

8 Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington gegründet.

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ruyter vermerkte am 29. März 1974, der britische Gesandte Statham habe das Auswärtige Amt über die Erklärung informiert, die der britische Außenminister Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 1. April 1974 in Brüssel abgeben wolle. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 98; Referat 410, Bd. 101213.

10 Walter Scheel.

11 François-Xavier Ortoli.

12 Zum Ziel einer Wirtschafts- und Währungsunion vgl. Dok. 107, Anm. 2.

In Ziffer 1 der Erklärung der Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris wurde zum Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion ausgeführt: „Die Staats- und Regierungschefs bekämpften den Willen der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften, die Wirtschafts- und Währungsunion so zu verwirklichen, daß Erreichtes bewahrt wird, und bestätigten dabei alle Elemente der Entschließungen des Rates und der Vertreter der Mit-

politik, Finanzbeteiligung, Handel mit Drittländern, bessere Berücksichtigung des Commonwealth, gemeinsame Entwicklungspolitik) wird sie nur andeuten. Konkrete Vorschläge würden<sup>13</sup> ausgearbeitet und später vorgelegt<sup>14</sup> mit dem Ziel, die Regeln und die Politik des Gemeinsamen Marktes zu ändern. Präzise werde die britische Regierung feststellen, daß sie keine Maßnahmen der Fiskal-, Industrie- und Regionalpolitik anerkennen werde, die ihre nationale Politik auf diesen Gebieten berühren. Konkret bedeute dies, so MD Hermes, daß die britische Regierung die Finanzverfassung von 1970<sup>15</sup> in Frage stelle. Der erste Eindruck, den diese Erklärung bei der deutschen Seite hervorgerufen hat, ist der einer großen Enttäuschung und Besorgnis, was wir auch der britischen Seite zum Ausdruck bringen sollten.

Außenminister Moro teilt die Besorgnis, die er aus den Erklärungen des Ministers herausgehört habe. Er habe Verständnis dafür, daß die britische Minderheitsregierung bestrebt sei, ihre innenpolitische Basis zu verbreiten, und deshalb eine neue Politik einschlage. Doch bedeute die Absicht, das Verhandlungsergebnis einer Volksabstimmung zu unterwerfen, deren Ausgang unvorhersehbar sei, eine schwere Hypothek. Neben der unsicheren Lage der britischen Regierung sei die beabsichtigte Volksbefragung ein zweiter Unsicherheitsfaktor, der die Zukunft belaste.

In der Sache werde man mit der Regierung Großbritanniens – für dessen Beitritt in den Gemeinsamen Markt man sich so eingesetzt habe – fair sprechen, auch in einzelnen Punkten, von denen einige sogar unseren (italienischen) Vorstellungen entsprächen, ein prinzipielles Einverständnis erzielen können; alarmierend aber sei die politische Richtung, in die die britischen Vorstellungen gehen: weg von der Integration. Hier treffen die britischen Vorstellungen auf Grenzen, die nicht überschritten werden dürfen. Sie würden sonst unsere Europapolitik aushöhlen. Unsere Haltung muß deshalb klarstellen, daß wir diesen Weg nicht gehen können. Wir müssen dabei auf unsere öffentliche Meinung ebenso Rücksicht nehmen wie vor allem auf die englische, und dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß wir die restriktiven britischen Positionen annehmen können. In dieser schwierigen Situation vertraue die italienische Seite auf die Verhandlungsführung durch die deutsche Präsidentschaft, die in der Form entgegenkommend sein werde, in grundsätzlichen Elementen unserer Politik aber keine Verzichte zulassen werde.

Der Minister antwortete, daß wir mit der italienischen Auffassung voll übereinstimmten. Auch wir seien der Meinung, daß wir für die britischen Sorgen

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 463*

gliedstaaten vom 22. März 1971 und 21. März 1972. Im Laufe des Jahres 1973 werden die Beschlüsse gefaßt werden, die notwendig sind, um den Übergang zur zweiten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1974 zu verwirklichen, damit diese spätestens am 31. Dezember 1980 vollendet ist.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D504.

Zum Ziel der Europäischen Union vgl. Ziffer 16 der Erklärung der Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris; Dok. 19, Anm. 4.

13 Korrigiert aus: „wurden“.

14 Vgl. dazu die Erklärung des britischen Außenministers Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 4. Juni 1974 in Luxemburg; Dok. 157, Anm. 6.

15 Vgl. dazu den Beschuß des EG-Ministerrats vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften; BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1262-1279.

aufgeschlossen sein sollten und in einigen Punkten Entgegenkommen zeigen sollten, vor allem, wenn dadurch Verbesserungen im Gemeinsamen Markt erreicht werden können. Auf keinen Fall aber könnten wir einer Umorientierung der Integrationspolitik, der Blockierung oder Aushöhlung der Gemeinschaft zustimmen. Auch wollten wir nicht auf die Finalität, die politische Einigung, verzichten. Scherhaft meinte der Minister, ein Mittel zur Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten sei, zur Regel der Mehrheitsentscheidung<sup>16</sup> zurückzukehren, und fügte hinzu, er komme immer mehr zur Überzeugung, daß der Kern der meisten Schwierigkeiten, die die Gemeinschaft habe, auf die Aufhebung dieser Regel und die dadurch bedingte Einengung der Wirkungsmöglichkeiten der übernationalen Kommission zurückgehe. Wenn wir nach Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten eine weitere Entwicklung vorantreiben wollten, müßten wir hier ansetzen.

Der Minister schlug vor, noch etwas zu dem Teil der Gespräche mit AM Kissinger vom letzten Wochenende<sup>17</sup> zu sagen, der das Verhältnis Europa–USA betroffen hat. Kissinger habe sehr stark betont, daß die USA unvermindert entschlossen sind, die europäische Einigung zu unterstützen. Die atlantischen Beziehungen seien nach wie vor ein Eckstein der amerikanischen Politik. Natürlich sei es nicht nötig, daß die USA und Europa alle außenpolitischen Fragen gleich beurteilten. Er, Kissinger, habe aber die durch Beispiele belegbare Beobachtung gemacht, daß zumindest ein Mitglied der Gemeinschaft die europäische Identität in der Konfrontation mit den USA suche und daß dies die Interessen der USA nachhaltig beeinträchtige. Die Interessengemeinschaft USA/Europa sei so groß, daß die USA nicht wie irgendein Drittland behandelt werden könne. Die besondere Qualität der Beziehungen müsse sichtbar werden. Die Initiativen Europas im Nahen Osten<sup>18</sup>, gegenüber Japan<sup>19</sup> und Kanada<sup>20</sup> würden diesem Gesichtspunkt zu wenig Rechnung tragen. Daher müßten die Konultationen verstärkt werden. Das, was im Politischen Komitee hierzu gesagt worden sei und was die Zustimmung von acht Mitgliedern gefunden habe, sei ein großer Fortschritt. Der Minister meinte, hier sei ein Ansatz zu einem Prozeß, der auch zu einer förmlichen Übereinstimmung mit den USA führen könne. Kissinger habe, so fuhr der Minister fort, auf eine gemeinsame Strategie

16 Am 14. Januar 1962 legte der EWG-Ministerrat in Brüssel den Beginn der dritten Stufe der Vorbereitung für den Gemeinsamen Markt auf den 1. Januar 1966 fest. Entscheidungen, die den Gemeinsamen Markt betrafen, sollten dann nur noch durch Mehrheitsbeschuß gefaßt werden. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 2/1962, S. 12–14.

In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen, das mit Beginn der dritten Stufe des Gemeinsamen Marktes gelten sollte, ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls“. Die Krise konnte auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist“ Mehrheitsbeschlüsse treffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 24. März 1974 vgl. Dok. 104.

18 Für die Nahost-Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 6. November 1973 vgl. Dok. 10, Anm. 6.

19 Vgl. dazu die Demarche der EG-Mitgliedstaaten bei der japanischen Regierung vom 14. November 1973; Dok. 3, Anm. 11.

20 Vgl. dazu die Demarche der EG-Mitgliedstaaten bei der kanadischen Regierung vom 13. November 1973; Dok. 41, Anm. 7.

der USA, Japans und Europas bei der UNO-Energiekonferenz<sup>21</sup> gedrängt. Er, Kissinger, habe berechtigten Anlaß anzunehmen, daß die Entwicklungsländer das nicht als unfreundlichen Akt oder als Konfrontation ansehen würden.

Außenminister *Moro* zeigte sich sehr besorgt darüber, daß die Regionalpolitik<sup>22</sup> nach britischer Auffassung renationalisiert werden solle und daß beabsichtigt sei, den entsprechenden Tagesordnungspunkt von der TO des kommenden Rates (1./2. April) zu streichen. Italien könne sich mit einer Vertagung, aber nicht mit einer Annulierung einverstanden erklären.

Zur Mehrheitsentscheidung habe man seinerzeit einen politischen Kompromiß angenommen. Es sei nunmehr klar, daß diese Entscheidung das Leben der Gemeinschaft erschwert habe.

Heute sei der Dissens größer als in der Vergangenheit: Bis vor kurzem noch habe er, Moro, den Minister bitten wollen, sich dafür einzusetzen, der europäischen Politik einen neuen Aufschwung zu geben. Heute aber stehe man vor einer neuen Lage. Alle hätte das Gefühl, daß die Gemeinschaft eine Phase der Stagnation durchlaufe. Es bedürfe besonderer Anstrengungen und enger Zusammenarbeit, um diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Der *Minister* sagte, daß nach Auffassung der Bundesregierung die Regionalpolitik eine europäische Aufgabe sei, die durch die nationale Regionalpolitik der einzelnen Staaten ergänzt werde. Die Harmonisierung der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Gemeinschaft parallel zur Harmonisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik sei eine dringliche Aufgabe der Gemeinschaft. Das Thema Regionalpolitik solle nicht ad calendas graecas vertagt, sondern auf eine der nächsten TO des Rates gesetzt werden. Die augenblicklichen Vorschläge der Kommission seien sehr wohl die Grundlage für eine Entscheidung.

Minister *Moro* schlug vor, die Regionalpolitik zwar auf die Tagesordnung des kommenden Rates (1./2. April) zu setzen, den Tagesordnungspunkt dann aber auf eine kommende Tagung zu verschieben. Dies sei besser, als ihn von vorn herein zu streichen.

Der Herr *Minister* erklärte sich hiermit einverstanden.

## II. Fortsetzung der Gespräche mit Außenminister Moro

In der zweiten Gesprächsrunde bat der *Minister* seinen italienischen Kollegen nochmals um Zustimmung zu dem beabsichtigten Vorgehen für den EG-Rat in Luxemburg am 1.4.1974. *Moro* erklärte sich voll damit einverstanden, daß der Bundesminister als Präsident zuerst seinen Bericht über die Lage in der Gemeinschaft abgibt und erst danach dem britischen Außenminister zu dessen angekündigter Erklärung das Wort erteilt.

Der *Bundesminister* sprach sodann zwei Probleme des bilateralen Austausches von Agrargütern zwischen der Bundesrepublik und Italien an. Auf Ersuchen von BM Ertl wies er mit Nachdruck auf die Gefahren einer Störung dieses Austausches – in beiden Richtungen – durch eine neue italienische Verordnung hin, bei deren Anwendung die deutschen Milchtransporte nach Italien zum Er-

<sup>21</sup> Zur Sondersitzung der UNO-Generalversammlung über Rohstoffe und Entwicklung vom 9. April bis 2. Mai 1974 in New York vgl. Dok. 121.

<sup>22</sup> Zur Einrichtung eines Europäischen Regionalfonds vgl. Dok. 65, Anm. 42.

liegen kämen. Auch bei der Lieferung von Rindfleisch hatten sich nach Auskunft der italienischen Importeure Schwierigkeiten ergeben.<sup>23</sup> BM Scheel bat um Prüfung. Die italienische Seite erwiderte, die Milchfrage sei bereits gelöst; bei den Rindfleischlieferungen handle es sich darum, daß die Erstattungen für die Importeure jeweils nur vierteljährlich erfolgen. Man werde der Sache jedoch nachgehen.

Sodann sprach BM Scheel das Problem der parlamentarischen Behandlung des NV-Vertrages<sup>24</sup> durch Italien<sup>25</sup> an. Die Ratifizierung durch alle EG-Partner sei

23 Generalkonsul Königs, Mailand, berichtete am 17. Januar 1974 über Blockadeaktionen italienischer Landwirte am Brenner-Paß. Dabei seien 150 000 Liter aus dem Ausland stammender Milch in einen Fluß entleert worden: „Es handelt sich um einen Schritt in dem seit fast zwei Jahren andauernden Kampf der italienischen Landwirte um eine Erhöhung der Erzeugerpreise für Milch. Da die Regierung diese Erhöhung nicht zuläßt, wird Milch in großen Mengen aus anderen europäischen Ländern – genannt werden die Bundesrepublik, die Niederlande und die Tschechoslowakei – eingeführt. [...] Gerüchteweise beabsichtigten die Landwirte auch, anlässlich ihrer Demonstration am Brenner die deutschen und holländischen Autozüge zu kontrollieren, die mit Fleisch beladen waren. Angeblich hätten die Landwirte aufgrund der Fleischbeschaustempel nachweisen können, daß deutsche Exporteure Fleisch aus Polen kaufen, es als deutsches Fleisch erklären, um entsprechende Zuschüsse zu erhalten, und es dann als deutsches Fleisch nach Italien verkaufen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5; Referat 420, Bd. 108665.

Am 19. April 1974 berichtete Botschafter Meyer-Lindenberg, Rom, daß es am Brenner-Paß zu neuen Demonstrationen italienischer Bauernverbände gegen die Einfuhr von Fleisch und Milch gekommen sei. Gegenüber der Botschaft hätten sich das italienische Außen- und Landwirtschaftsministerium von der Aktion distanziert. Der italienische Landwirtschaftsminister Bisaglia habe außerdem ein Schreiben an den Präsidenten der EG-Kommission, Ortoli, und den amtierenden EG-Ratspräsidenten, Ertl, übermittelt, in dem er Verhandlungen mit den EG ankündigte, die zur Entspannung der Lage auf dem italienischen Markt für Fleisch und Milch führen sollten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 635; Referat 420, Bd. 108665.

24 Für den Wortlaut des Vertrags vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 786–793.

25 Botschafter Lahr, Rom, teilte am 19. August 1973 mit, das italienische Außenministerium befürworte eine Ratifizierung des Verifikationsabkommens vom 5. April 1973, wolle aber den Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 noch nicht ratifizieren: „Es gebe zwar zwischen beiden Verträgen enge Zusammenhänge. Vorrangig sei für Italien jedoch die Sicherung der amerikanischen Uranlieferungen. Hierfür genüge das Inkrafttreten des Verifikationsabkommens. Der NV-Vertrag sei nach Auffassung des Außenministeriums vorwiegend politischer Natur und insoweit in die Frage der Ost-West-Beziehungen der Abrüstungsverhandlungen und der Sicherheit im Mittelmeerraum eingebettet. Die wichtigsten Mittelmeerländer – außer Italien insgesamt acht Länder – hätten den NV-Vertrag noch nicht ratifiziert. [...] Solange Italien den NV-Vertrag nicht ratifiziert habe, habe es eine stärkere Position und könne die Ratifizierung von Fortschritten in der Abrüstung abhängig machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1442; Referat 220, Bd. 107354.

Botschafter Meyer-Lindenberg, Rom, berichtete am 19. Februar 1974, die italienische Regierung habe dem Senat den Gesetzentwurf zum Verifikationsabkommen vom 5. April 1973 zugeleitet. Von dort werde er an die Abgeordnetenkammer weitergeleitet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 279; Referat 220, Bd. 107354.

Am 2. April 1974 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fleischhauer, daß getrennte Beiträge zum Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968 und zum Verifikationsabkommen vom 5. April 1973 zwar juristisch zulässig, aber keinesfalls wünschenswert seien, da sie den Sinn der Verträge unterließen. Vgl. Referat 200, Bd. 107354.

Am 3. April 1974 berichtete Gesandter Steg, Rom, das italienische Außenministerium habe mitgeteilt, „daß das parlamentarische Zustimmungsverfahren hinsichtlich des NV-Vertrages erst nach dem Abschluß des Verfahrens hinsichtlich des Verifikationsabkommens eingeleitet werden solle. Nach dem derzeitigen Stand der Dinge könne man aber davon ausgehen, daß auch das Zustimmungsgesetz zum NV-Vertrag noch vor Ende 1974 verabschiedet werde. Unter den gegebenen Umständen bedeute dies, daß eine gemeinsame Ratifikation beider Verträge durch die Gemeinschaftsländer nicht vor Ende dieses Jahres möglich sein werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 558; Referat 200, Bd. 107354.

ein Erfordernis, um das Abkommen<sup>26</sup> in Kraft treten zu lassen. Außenminister *Moro* erwiderte, die italienische Regierung habe eine entsprechende Gesetzesvorlage bereits vorbereitet; die Ratifikation werde wohl sehr bald erfolgen.

AM *Moro* berichtete sodann über seine kürzliche Begegnung mit AM *Jobert*<sup>27</sup>, die er insgesamt positiv bewertete. *Jobert* habe Verständnis und Bereitschaft gezeigt für die Kooperation mit den USA, *Joberts* Reaktion auf die Nixon-Rede<sup>28</sup> sei gemäßigt gewesen. Der französische Außenminister sei sich der Schwierigkeiten voll bewußt, die entstünden, falls man versuchen wolle, Europa in Konfrontation mit den Vereinigten Staaten aufzubauen. Positiv seien vor allem auch die Hinweise *Joberts* auf seine Vorstellungen über die Struktur einer Europäischen Union gewesen.

III. Im Anschluß an die Gespräche mit AM *Scheel* wurde AM *Moro* vom Bundeskanzler empfangen.<sup>29</sup> Dabei kamen folgende Themen zur Sprache:

#### 1) Verhältnis USA – Europa

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien. Man müsse versuchen, daß das Verhältnis wieder in Ordnung kommt. Man solle an den Erklärungen weiterarbeiten, könne aber auch auf sie verzichten, falls daraus eine Belastung der Beziehungen entstünde.

#### 2) Haltung der britischen Regierung zu Europa

Der *Bundeskanzler* würdigte AM *Callaghan* als Persönlichkeit mit stark atlantisch-geprägten Vorstellungen, dem die europäische Integration nicht viel sage.

26 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 5. April 1973 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Irland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, EURATOM und der IAEA in Ausführung von Artikel III Absätze 1 und 4 des Vertrags vom 1. Juli 1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Verifikationsabkommen) sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 795–832.

27 Der italienische Außenminister *Moro* und der französische Außenminister *Jobert* führten vom 14. bis 16. März 1974 Gespräche in Italien. Botschafter *Meyer-Lindenberg*, Rom, berichtete dazu am 19. März 1974, beide Seiten hätten sich hauptsächlich über ihre jeweiligen jüngsten Kontakte zur UdSSR unterhalten. *Joberts* Eindruck zufolge sei der UdSSR noch immer an der Organisation der dritten Phase der KSZE auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs und an wirtschaftlicher Kooperation mit den EG-Mitgliedstaaten gelegen. Für die Politik der USA gegenüber den Europäischen Gemeinschaften habe *Jobert* zwei Ursachen identifiziert, „nämlich einmal die Auswirkungen der amerikanischen Innenpolitik, zum anderen die Auswirkungen des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 22.6.1973: So wie Generalsekretär *Breschnew* die östliche Seite organisiert habe, so wolle Präsident Nixon nun auch die westliche Seite organisieren. Er – *Jobert* – habe anlässlich der Washingtoner Energiekonferenz zweimal vergeblich versucht, mit AM *Kissinger* einen Kompromiß zu erzielen. Die französische Regierung sei für ein Verbleiben amerikanischer Truppen in Europa, allerdings nur unter würdigen Voraussetzungen. Seine persönliche Prognose gehe dahin, daß die USA ihre Truppen in Europa belassen werden, allerdings in verminderter Zahl. Unter den gegebenen Umständen empfehle es sich, an den Texten für die beabsichtigten Deklarationen (Atlantische Erklärung und Erklärung zum Verhältnis USA-EG) weiterzuarbeiten. AM *Moro* habe erwidert, man befindet sich in und vor einer neuen Situation. Europa dürfe keine divergierenden Auffassungen haben, sondern müsse geeint auftreten. Auch die italienische Seite sei für die Fortsetzung der Arbeit an den beiden Erklärungen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien ein Problem der ausgewogenen gegenseitigen Konsultation. Zum Problem des weiteren Aufbaus Europas habe AM *Jobert* erklärt, er habe kein Vertrauen in eine zu weitgehende und forcierte Integration, weil Europa dadurch krisenanfällig werde.“ In Zukunft könne er sich eine Art Konföderation vorstellen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 433; VS-Bd. 9950 (203); B 150, Aktenkopien 1974.

28 Zur Rede des Präsidenten Nixon vor dem Executives' Club in Chicago am 15. März 1974 vgl. Dok. 97, Anm. 9.

29 Für das Gespräch des Bundeskanzlers *Brandt* mit dem italienischen Außenminister *Moro* am 29. März 1974 vgl. Dok. 110.

Die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung sei weitgehend von der Innenpolitik abhängig. In vielleicht nicht allzu ferner Zukunft könne sich eine neue Lage ergeben.

Die Bundesregierung sei mit der britischen Regierung bezüglich enger Beziehungen zu den Vereinigten Staaten einig. Was Europa betreffe, so könne man mit den Briten über Einzelfragen reden, nicht jedoch die Verträge und Grundprinzipien in Frage stellen lassen. Außenminister *Moro* stimmte zu. Er hält eine pragmatische Lösung für die atlantische Diskussion für möglich, die Lösung der europäischen Probleme infolge der britischen Haltung jedoch für schwieriger. Beide Seiten stimmten in der Notwendigkeit überein, daß die deutschen und italienischen Delegationen aufs engste zusammenarbeiten müßten.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, weshalb er gegenwärtig eine Präsidentschaftskonferenz nicht für zweckmäßig halte. Man müsse vorher wissen, was man wolle; darüber bestehe zur Zeit jedoch keine Einigkeit. Falls sich aber schwerwiegende Belastungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis ergeben sollten, werde er sich eine solche Initiative erneut überlegen.

Der Bundespräsident, der gerade von einem Staatsbesuch in Belgien<sup>30</sup> zurückgekehrt sei, habe ihm eine Botschaft des Königs der Belgier<sup>31</sup> angekündigt<sup>32</sup>, der ebenfalls eine Initiative von ihm als Regierungschef der Präsidialmacht fordere. In dieser Eigenschaft wolle er sicher alles nur mögliche tun, was in seinen Kräften stehe. Sechs Monate Präsidentschaft seien jedoch eine kurze Zeit, von der man nicht allzu viel erwarten dürfe.

Außenminister *Moro* erklärte sich mit der Lage-Analyse des *Bundeskanzlers* einverstanden und unterstützte den belgischen Appell, aus dem ein starkes Vertrauen in die deutsche Führung spreche, das auch von italienischer Seite geteilt werde. Er übergab sodann ein Schreiben des italienischen Regierungschefs Rumor an den *Bundeskanzler*, in dem ein solcher Appell enthalten ist.

30 Bundespräsident Heinemann besuchte Belgien vom 26. bis 29. März 1974.

31 Baudouin I.

32 Am 27. März 1974 informierte das Mitglied der EG-Kommission, Dahrendorf, *Bundeskanzler* Brandt: „Gestern Abend nach dem festlichen Diner für Bundespräsident Heinemann kam König Baudouin auf mich zu, um mir in einer längeren, eindringlichen Darlegung folgendes zu sagen: Ich möge alle meine Kraft daran wenden, Sie, Herr *Bundeskanzler*, davon zu überzeugen, das Gewicht Ihrer Person und Ihres Rufes in aller Welt in die Waagschale der europäischen Sache zu werfen. Eine Initiative von Ihrer Seite sei die große, ja möglicherweise die einzige Hoffnung zu diesem Zeitpunkt, zu dem Europa nicht nur stagniere, sondern rückwärts gehe.“ Vgl. Referat 410, Bd. 105665.

Zu den Äußerungen von König Baudouin während seiner Tischrede anlässlich eines Abendessens für Bundespräsident Heinemann wurde in der Presse berichtet: „Der Monarch sprach von dem Stillstand – „um nicht Rückschritt zu sagen“ – in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft, der auf einem unleugbaren Mangel an politischem Mut beruhe. „Der Grundsatz der Solidarität, auf den sich jedes gemeinschaftliche Vorgehen gründen sollte, tritt hinter egoistische, kurzsichtige Erwägungen zurück, so daß die wenigen Entscheidungen, die überhaupt getroffen werden, nur den kleinsten gemeinsamen Nenner von unterschiedlichen nationalen Standpunkten darstellen.“ Übernommene Verpflichtungen würden nicht eingehalten oder mit Verspätung ausgeführt. Die Gemeinschaftsorgane verfügten nicht über die erforderlichen Möglichkeiten für ein wirksames Vorgehen. Die Enttäuschung darüber sei umso größer in einer Zeit, in der bedeutende Ereignisse schnelles und energisches Handeln erforderten. Der König nannte in diesem Zusammenhang die späte Reaktion auf den Nahost-Konflikt und die verzettelten Initiativen in der Energie-Krise.“ Vgl. den Artikel „König Baudouin bedauert Mangel an politischem Mut“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. März 1974, S. 1.

Der *Bundeskanzler* sagte baldige Beantwortung<sup>33</sup> zu und versicherte das vitale Interesse der Bundesrepublik am Fortschritt der Gemeinschaft und seinen festen Willen auf diesem Wege voranzugehen und nicht zu resignieren.

**Referat 010, Bd. 561**

## 110

### **Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem italienischen Außenminister Moro**

**105-26.A/74**

**29. März 1974<sup>1</sup>**

Der Herr Bundeskanzler empfing am 29. März 1974 um 15 Uhr 15 den italienischen Außenminister Moro in seinem Arbeitszimmer im Palais Schaumburg zu einer Unterredung, an der von deutscher Seite StS Apel, Botschafter Meyer-Lindenberg, MD Sanne und VLR Schilling, von italienischer Seite Generalsekretär Gaja, Botschafter Lucioli und Generaldirektor Guazzaroni anwesend waren.

Nach der Begrüßung überreichte Außenminister Moro dem Herrn Bundeskanzler ein Schreiben von Ministerpräsident Rumor.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich dafür und betonte, daß man an einem schwierigen Punkt in der europäischen Entwicklung angelangt sei. Er erinner-

33 In dem Schreiben des Bundeskanzlers Brandt vom 4. April 1974 an Ministerpräsident Rumor wurde ausgeführt: „Ihre Auffassung, daß in der gegenwärtigen Situation die enge und vertrauliche Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern in der Europäischen Gemeinschaft von herausragender Bedeutung ist, teile ich. Ich freue mich, daß die Gespräche mit Minister Moro erneut eine weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Regierungen in den europäischen Fragen zum Ergebnis hatten. In den noch verbliebenen Monaten der Präsidentschaft in der Gemeinschaft wird die Bundesregierung ihr Mögliches tun, um den Bestand der Gemeinschaft zu festigen, ihre Entwicklung zu fördern und die Politische Zusammenarbeit zu verbessern. [...] Trotzdem kann ich Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Sorge um den Fortgang der europäischen Einigung nicht verhehlen. Vieles wird von der britischen Haltung abhängen, vieles möglicherweise auch von der Situation, die sich in Frankreich nach dem so plötzlichen Tod von Präsident Pompidou ergeben wird.“ Vgl. Referat 014, Bd. 239.

1 Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 4. April 1974 gefertigt und am 9. April 1974 von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schönfeld übermittelt.

Hat Schönfeld am 9. April 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung über Ministerialdirektor Hermes, Ministerialdirigent Poensgen und Referat 410 an Ministerialdirektor van Well, Ministerialdirigent Simon und an die Referate 200 und 203 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Lewalter am 16. April 1974 vorgelegen.

Hat Hermes am 17. April 1974 vorgelegen.

Hat Poensgen am 18. April 1974 vorgelegen.

Hat van Well vorgelegen.

Hat Simon am 22. April 1974 vorgelegen.

Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse von der Gablentz und Munz am 24. April 1974 vorgelegen.

te in diesem Zusammenhang an die Europa-Debatte, die am Vortage im Deutschen Bundestag stattgefunden habe.<sup>2</sup> Dabei habe es – wie in allen Demokratien – einige Polemik gegeben; man sei sich aber einig darüber gewesen, daß der Versuch unternommen werden sollte, „das europäische Schiff in angemessener Weise in ein Fahrwasser zu bringen, in dem es sich voranbewegen könne“.

Herr Moro wies darauf hin, daß er die jüngsten Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers<sup>3</sup> und von Herrn Minister Scheel<sup>4</sup> gelesen habe. Er habe daran sowohl die europäische Einstellung als auch den großen Verantwortungssinn geschätzt. Wie der Herr Bundeskanzler gesagt habe, befindet man sich einmal mehr in einem ziemlich schwierigen Moment im Leben der Gemeinschaft. Es erfülle ihn mit Genugtuung, daß die Führung in diesem Halbjahr dem Herrn Bundeskanzler und Außenminister Scheel anvertraut sei<sup>5</sup>, und er erhoffe sich davon viel. Er glaube, daß dank der Weisheit, dem Einsatz und der Ausgleichskraft der Bundesregierung die derzeitigen Schwierigkeiten überwunden werden könnten, damit das sich einigende Europa auf der festen Grundlage der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten vorankomme. Er wisse um die gegenwärtigen Dissonanzen und die Probleme, die durch die neue britische Regierung<sup>6</sup> aufgeworfen würden. Diesen Hindernissen müsse man mit großer Entschlossenheit begegnen.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dafür, daß man ihm einiges zutraue. In wenigen Monaten lasse sich aber nicht viel machen. Was die Beziehungen zwischen Europa und den USA betreffe, so seien seit 1973 nicht nur von der einen oder anderen Seite in Europa Fehler gemacht worden; es gebe auch Äußerungen und Schritte seitens der USA, die nicht immer leicht zu verstehen seien. Trotzdem sei er der Auffassung – und habe es am Vortage öffentlich zum Ausdruck gebracht –, daß man in der europäischen Politik nicht einen Kurs einschlagen dürfe, der dieses Europa woanders landen lasse, als wo es hingehöre. Es müsse ein Ausgleich gefunden werden. Vielleicht könnte man auf die eine oder andere Er-

2 Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 87, S. 6051–6165.

3 Bundeskanzler Brandt erklärte am 28. März 1974 im Bundestag: „Die Organisation der europäischen Einigung bleibt unser geschichtlicher Auftrag. Jeder Versuch aber, dieses Europa gegen Amerika organisieren zu wollen, würde unsere Zustimmung nicht finden können. [...] Es gibt aus unserer Sicht und Verantwortung und aus unserer Überzeugung keine europäische Einheit, die auf die atlantische Sicherheit verzichten könnte. Ein lebensfähiges atlantisches Bündnis kann auf die Einigung Europas nicht verzichten. [...] Wenn Amerika und Europa die beiden Pfeiler der atlantischen Zusammenarbeit bilden, dann darf es weder ständige Konfrontation noch kann es Unterordnung geben. Ich scheue mich nicht, in diese Betrachtung den altmodischen Begriff der Rücksichtnahme einzuführen und füge gleich hinzu, daß dies natürlich keine Einbahnstraße ist.“ Gleichzeitig gelte besonderes Augenmerk der Freundschaft mit Frankreich und der Entspannungspolitik. Brandt räumte ein, daß der Zustand der Europäischen Gemeinschaften kritisch sei, und empfahl den Ausbau des Gemeinsamen Marktes, Struktur- und Ausgleichsmaßnahmen, eine gemeinsame Energiepolitik, eine Harmonisierung der Steuern und eine Verbesserung der Institutionen, um die Europäischen Gemeinschaften zu konsolidieren. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 87, S. 6096–6101.

4 Bundesminister Scheel räumte am 28. März 1974 im Bundestag Schwierigkeiten im europäischen Einigungsprozeß ein, erinnerte aber auch an das bisher Erreichte. Zur Reform der Europäischen Gemeinschaften empfahl Scheel die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen, eine Aufwertung des Europäischen Parlaments und die Reform anderer Institutionen. Zu den transatlantischen Beziehungen betonte Scheel, daß sie gehaltvoller Konsultationen bedürften. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 87, S. 6080–6087.

5 Die Bundesrepublik übernahm am 1. Januar 1974 die EG-Ratspräsidentschaft.

6 Zu den Wahlen zum britischen Unterhaus am 28. Februar 1974 und zur Regierungsbildung am 4. März 1974 vgl. Dok. 65, Anm. 3.

klärung verzichten, um die Beziehungen nicht unnötig zu belasten. Er habe von StS Apel gehört, wie der Text laute, den der britische Außenminister Callaghan am Montag in Luxemburg<sup>7</sup> vortragen werde. In Bonn sei man der Auffassung, daß Callaghan ein solider, von einer starken atlantischen Überzeugung getragener Politiker sei, der aber ein eher schwaches Verhältnis zu der Art von Europa-Politik habe, wie man sie in der Bundesrepublik verstehe. Man habe den Eindruck, daß er – Callaghan – nicht dafür und nicht dagegen sei, aber eher die Erörterung wieder dort aufnehmen wolle, wo sie am Anfang der fünfziger Jahre gestanden habe. Es werde wohl nicht lange dauern, bis es in England zu Neuwahlen komme. Er – der Herr Bundeskanzler – glaube, daß für England die Frage der Beziehungen zu den USA kein Problem sei. Callaghans Interessen schienen stark von dem Commonwealth-Gedanken geprägt zu sein. Von deutscher Seite sei den Briten gesagt worden, man sei offen für eine Erörterung praktischer Punkte. Die Römischen Verträge dürften aber nicht in Frage gestellt werden, wobei man nicht nur an die Verträge in ihrer ursprünglichen Fassung, sondern auch an all das denke, was sich auf der Grundlage der Verträge in der Gemeinschaft entwickelt habe. Er hoffe, daß man durch die neue Position der britischen Regierung nicht zu stark in seinem Beharrungsvermögen behindert werde und daß sich das „kleine Paket“, das für die Konsolidierungsphase der WWU vorgesehen sei, mit Inhalt anreichern lasse.

Außenminister *Moro* sprach die Überzeugung aus, daß die atlantische Politik zumindest pragmatisch fortgesetzt werden könne. Vielleicht werde es noch einige Schwierigkeiten bei der Formulierung der Grundsätze der Koordination und Konsultation geben; er glaube aber, daß man in der Sache Fortschritte erzielen könne. Er hoffe, daß man von britischer Seite nicht vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt werde. Italien sei bereit zu Konzessionen, wenn es darum gehe, einige Dinge unter Berücksichtigung des „gerechten Interesses“ der Briten zu „retouchieren“. Man sei aber nicht bereit, auf die europäische Perspektive der politischen Zusammenarbeit zu verzichten. Er hoffe, daß England nach einer eingehenderen Prüfung der Lage zustimme und sich den anderen anschließen könne. In der Frage des „kleinen Pakets“ erwarte er einige Ergebnisse. Die italienische Regierung hoffe sehr, daß es nicht zu einer Stagnation und zu einer „reformistischen Verzerrung“ in den Beziehungen zwischen den Acht und Großbritannien kommen werde, was zu einer Abschwächung der europäischen Position und zu einem Vertrauensschwund bei der öffentlichen Meinung führen würde. Man habe die Zuversicht, daß unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers im laufenden Halbjahr der Beweis für die Lebenskraft Europas gerade in schwierigen Zeiten erbracht werden könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiederte, was die englischen Wünsche und Vorstellungen betreffe, sei man sich in der Grundhaltung einig. Es wäre gut, wenn die beiderseitigen Delegationen in Brüssel engen Kontakt hielten, damit man – wie Moro es beschrieben habe – Schaden abwenden und die jetzigen Möglichkeiten, Fortschritte zu erzielen, nutzen könne. Für die zweite Aprilhälfte sei eine Außenministertagung vorgesehen, auf der geprüft werden solle, was man sich bis zur Sommerpause noch vornehmen könne. Er selbst – der Herr Bun-

<sup>7</sup> Zur Erklärung des britischen Außenministers Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 1./2. April 1974 in Luxemburg vgl. Dok. 99, Anm. 3.

deskanzler – habe sich gefragt – und dies in vorsichtiger Form vor dem Bundestag zur Sprache gebracht –, ob er von der Möglichkeit der jeweiligen Präsidentschaft, eine Konferenz der Regierungschefs einzuberufen, Gebrauch machen sollte. Nach dem jetzigen Stand der Dinge glaube er, darauf verzichten zu sollen. Die Pariser Konferenz vom Herbst 1972<sup>8</sup> habe zu guten Beschlüssen geführt. Seit 1973 sei aber die französische Regierung nicht so aktiv wie zur Zeit des Pariser Gipfels. Die Kopenhagener Konferenz<sup>9</sup> sei der Anlage nach schlecht verlaufen mit ihrem Volksveranstaltungscharakter und den riesigen Pressekonferenzen. Er sei der Auffassung, daß man schon in der Vorbereitungsphase einer derartigen Konferenz wissen müßte, was man der Öffentlichkeit über die Konferenz sagen werde, damit man sich dann ruhig zusammensetzen könne, um über Dinge zu sprechen, die nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Er – der Herr Bundeskanzler – glaube, daß die Zeit für eine neue Gipfelkonferenz nicht reif sei, es sei denn, daß sich aus den Beziehungen zwischen Europa und den USA schwerwiegende Fragen für die Außenpolitik der Gemeinschaft ergeben. Es würde in diesem Fall nicht um die Thematik der EG, sondern um die Neun in der EPZ gehen.

Die Bundesregierung möchte aber – ob mit oder ohne Konferenz der Regierungschefs – in Brüssel schon aktiv sein. Er – der Herr Bundeskanzler – werde im Laufe des Nachmittags den Herrn Bundespräsidenten aufsuchen, an den der König der Belgier einen ergreifenden Appell<sup>10</sup> gerichtet habe, die deutsche Seite möge die Initiative in die Hand nehmen. Er möchte sich der Aufgabe nicht entziehen; es sei aber schwer zu erkennen, was man tun könne, ohne Hoffnungen zu erwecken, die nicht befriedigt werden könnten.

Außenminister *Moro* erklärte, die italienische Regierung unterstütze den Appell von König Baudouin, da sie das gleiche Vertrauen zum Herrn Bundeskanzler und die gleichen Sorgen um das Schicksal Europas habe. Er – Moro – verstehe die Gründe, die den Herrn Bundeskanzler zur Vorsicht hinsichtlich der Einberufung einer Konferenz der Regierungschefs veranlassen. Er glaube, daß diese Zurückhaltung Respekt verdiene, sei aber auch überzeugt davon, daß die Lage, wenn sie nicht jetzt unter der deutschen Präsidentschaft „entblockt“ werde, in Zukunft noch schwieriger werden könne. Man werde dann möglicherweise in eine Phase der Rückbildung und Stagnation eintreten. Er verstehe, daß der Herr Bundeskanzler keine Hoffnungen erwecken wolle, die er nicht erfüllen könne, habe aber die Zuversicht, daß es unter der Präsidentschaft der Bundesregierung gelingen werde, den toten Punkt zu überwinden. Dank der Autorität des Herrn Bundeskanzlers könne man einen großen Schritt nach vorn tun. Wenn er – Moro – den Herrn Bundeskanzler gebeten habe, ihn zu empfangen, habe er dies gerade auch getan, um ihn des Vertrauens der italienischen Regierung zu versichern, daß unter seiner – des Herrn Bundeskanzlers – Führung die Gemeinschaft über die derzeitigen Schwierigkeiten hinweggebracht werden könne.

<sup>8</sup> Zur Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris vgl. Dok. 19, Anm. 4.

<sup>9</sup> Am 14./15. Dezember 1973 fand in Kopenhagen die Gipfelkonferenz der EG-Mitgliedstaaten statt. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 422.

<sup>10</sup> Zu den Äußerungen des Königs Baudouin vgl. Dok. 109, Anm. 32.

Der Herr *Bundeskanzler* dankte für dieses Vertrauen. Er werde überlegen, was man in den kommenden Wochen machen könne. In dem Maße, in dem die Bundesregierung glaube, etwas Vernünftiges tun zu können, werde sie die Partner dies wissen lassen. Es solle nichts versäumt werden, was die Dinge voranbringen könne. Nach Auffassung der Bundesregierung bestehe ein vitales Interesse daran, daß das Verhältnis zwischen Europa und den USA keinen Schaden erleide und daß die Europäische Gemeinschaft nicht verkümmere. Wenn man als Gemeinschaft möglicherweise auch den ursprünglichen Terminkalender nicht einhalten könne, so sollte man versuchen, durch zusätzliche gouvenementale Aktivität voranzukommen.

Herr *Moro* antwortete, er sei sehr dankbar für diese Zusicherung, die der Herr *Bundeskanzler* „mit großer Diskretion“ abgegeben habe. Da er den Herrn *Bundeskanzler*, dessen Initiative und Autorität kenne, glaube er, daß man unter seiner Führung weiterkommen werde. Die italienische Regierung lege das Schicksal Europas in die Hände des Herrn *Bundeskanzlers* und versichere ihn der loyalen und überzeugten Unterstützung jeder Initiative, die die Bundesregierung ergreifen werde, um die Schwierigkeiten der Gemeinschaft zu meistern sowie um freundschaftliche und würdevolle Beziehungen zu den USA herzustellen.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte seinen Dank und versicherte Herrn *Moro*, er selbst und seine Kollegen in der italienischen Regierung möchten keinen Zweifel daran haben, daß die Bundesregierung – auch wenn sie Zurückhaltung übe – nicht in eine Stimmung der Resignation verfallen sei. Davon könne keine Rede sein. Man „wolle, müsse und werde mit den Partnern europäisch vorankommen“. Es sei ihm wichtig, daß bei der italienischen Regierung hierüber keinerlei Zweifel bestehen. Er bitte Herrn *Moro*, Ministerpräsident *Rumor* seine Grüße und seinen Dank für dessen Schreiben zu übermitteln, auf das er in den nächsten Tagen schriftlich antworten werde.<sup>11</sup>

Das Gespräch endete um 16 Uhr.

**Referat 203, Bd. 101432**

<sup>11</sup> Zum Schreiben des *Bundeskanzlers* *Brandt* vom 4. April 1974 an *Ministerpräsident* *Rumor* vgl. Dok. 109, Anm. 33.

## 111

**Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Dohms****240-312.74****Aufgabe: 3. April 1974, 20.42 Uhr****Fernschreiben Nr. 34 Ortex****Citissime**

Zum 13. EPZ-Treffen am 1./2. April in Luxemburg

I. Außenminister erörterten in siebenstündiger Sitzung in der Nacht vom 1. zum 2. April Frage der Konsultation befreundeter Staaten, insbesondere der USA, bei fortschreitender Ausarbeitung gemeinsamer außenpolitischer Positionen der Neun im Rahmen der EPZ. Die intensive und ohne Schärfe geführte sachliche Diskussion zeigte Bedeutung, die der Konsultationsfrage beim gegenwärtigen Stand der EPZ zukommt. Sie trug wesentlich zur Klärung der Probleme bei, die bisher noch nie auf Ministerebene erörtert worden sind. Sie kann als unentbehrliche Zwischenstufe europäischer Meinungsbildung bewertet werden. Es wurde deutlich, daß Weiterentwicklung der EPZ mit vernünftiger Lösung der Konsultationsfrage, d. h. der Frage, wie sich werdende europäische Außenpolitik in bestehendes Netz internationaler Beziehungen einfügt, steht oder fällt.

In der Frage einer generellen Leitlinie der Neun für Konsultationen mit dritten Staaten im EPZ-Rahmen erhielt das PK den Auftrag, auf Grundlage verschiedener Entwürfe (vor allem von Belgiern, Franzosen und uns) Vorschläge auszuarbeiten, die von den Ministern bei einem informellen Treffen auf Schloß Gymnich am 4./5. Mai<sup>1</sup> weiterbehandelt werden sollen. Auch in der Frage einer besonderen laufenden Konsultation mit der US-Regierung über den geplanten europäisch-arabischen Dialog kam wegen französischer Haltung keine Einigung zustande. Ingangsetzung des Dialogs wurde von allen Delegationen außer Franzosen, Italienern und wohl auch Belgiern von vorheriger Einigung über Konsultation mit USA abhängig gemacht. Ministertreffen brachte die bisher noch ausstehende Zustimmung der Briten zu europäisch-arabischem Dialog und Einigung darüber, daß Dialog weder die laufenden Friedensbemühungen in Nahost, noch weltweite Lösungen der Energiefrage behindern dürfe und daß er nicht in seine zweite Phase eintreten könne, bevor nicht arabische Ölproduzenten Diskriminierung der Niederländer<sup>2</sup> und Dänen<sup>3</sup> eingestellt haben.

13. EPZ-Ministertreffen ist insgesamt als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Klärung der mit einer künftigen gemeinsamen europäischen Außenpolitik ver-

1 Zum informellen Treffen der Außenminister der EEC-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission, Ortoli, im Rahmen der EPZ am 20./21. April 1974 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 128.

2 Zum Ölboykott mehrerer arabischer Staaten gegen die Niederlande und die USA vgl. Dok. 1, Anm. 3.

3 Zum Ölboykott mehrerer arabischer Staaten gegen Dänemark vgl. Dok. 75, Anm. 11.

Am 20. März 1974 wurde in der Presse berichtet: „The announcement that the Arab oil producers will continue their „boycott“ against Denmark made little impact here and left the Danish government puzzled rather than worried. For one thing, no one in the government was aware that there ever was a special Arab oil boycott against Denmark beyond the general 15 percent cutback in Arab oil production affecting all nations. Foreign Minister Ove Guldberg also said that he failed to understand why the Arabs singled out Denmark from other Common Market countries since Denmark is strictly adhering to last fall's EEC Middle East declaration.“ Vgl. den Artikel „Libya Again Assails End of Embargo“, INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 20. März 1974, S. 2.

bundenen Probleme zu bewerten. Eine konkrete Einigung in der Konsultationsfrage kam nicht zustande, da Franzosen im Gegensatz zu den übrigen acht Partnern keinen Konsultationen vor einem Beschuß der neun Minister zustimmen wollten und beim europäisch-arabischen Dialog Konsultationen mit den USA nur von Fall zu Fall und nach besonderer Entscheidung der Minister ins Auge faßten. AM Joberts Verhalten ließ deutlich erkennen, daß er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in der Lage war, Beschlüssen zuzustimmen, sofern sie nicht französischen Maximalpositionen entsprächen. Wichtig war AM Callaghans grundsätzlich positive Einstellung zur EPZ, die auch in seiner konstruktiven Beteiligung an der Diskussion zum Ausdruck kam. Unter dem Eindruck der britischen Grundsatzzerklärung vom 1. April<sup>4</sup> hoben seine acht Kollegen die umfassende Zielsetzung der EPZ hervor, Europa in die Lage zu versetzen, auch außenpolitisch als eigenständige Einheit aufzutreten und mit einer Stimme zu sprechen.

II. Aus der Erörterung ist im einzelnen festzuhalten:

1) Generelle Konsultationsformel

Erörterung ging von deutschem Vorschlag aus, nach dem jedes EG-Mitglied Konsultationen mit verbündetem oder befreundetem Staat, dessen Interessen durch europäische Politik berührt werden, durch Präsidentschaft beantragen kann, und zwar auf einer Stufe der europäischen Meinungsbildung, auf der gemeinsame Positionen bereits definiert, aber noch nicht von Regierungen endgültig beschlossen wurden (d. h. im allgemeinen nach ad-referendum-Beschluß im PK).<sup>5</sup> Dieselbe Auffassung liegt dem Entwurf zugrunde, den Belgier in einer Nachtsitzung Politischer Direktoren einbrachten („lorsqu'un consensus est réalisé dans le cadre de la coopération politique sur l'attitude à adopter par les Neuf“). Belgier präzisierten, daß Minister mit der Frage befaßt werden müssen, wenn kein Konsensus über beantragte Konsultationen zustande kommt. Franzosen wollten dagegen Konsultationen nur nach Ministerentscheidung zulassen („lorsque les Neuf ministres sont parvenus à une position commune“). Trotz italienischer Versuche, die gegensätzlichen Positionen zu vereinen, konnte keine Einigung zustande kommen, da beide Formeln grundsätzliche Meinungsunterschiede widerspiegeln (Franzosen: Europa kann sich nur in betonter Unabhängigkeit von außen zu selbständiger Einheit entwickeln; die anderen Acht: Der Einigungsprozeß kann und darf lebenswichtige Beziehungen zur Außenwelt nicht beeinträchtigen).

Aus der Erörterung der Minister lassen sich folgende Prinzipien für die künftige Behandlung der Konsultationsfrage im Rahmen der EPZ festhalten:

- Konsultation darf souveräne Entscheidung der neun Regierungen nicht von der Zustimmung irgendeines dritten Staates abhängig machen.
- Konsultation mit Drittstaaten nur auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

<sup>4</sup> Zur Erklärung des britischen Außenministers Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 1./2. April 1974 in Luxemburg vgl. Dok. 99, Anm. 3.

<sup>5</sup> Zum Vorschlag der Bundesrepublik für ein Verfahren für Konsultationen mit verbündeten oder befreundeten Staaten vgl. Dok. 89.

- Konsultation nicht beschränkt auf Vereinigte Staaten, aber im wesentlichen ins Auge gefaßt mit Verbündeten und (vor allem, weil Irland nicht NATO-Mitglied) befreundeten Staaten.
- Konsultation auf einer Stufe europäischer Meinungsbildung, auf der bereits eine gemeinsame Position vorhanden, auf der aber Meinungsänderung als mögliche Folge der Konsultation nicht praktisch ausgeschlossen ist.
- Falls ein Mitglied einer beantragten Konsultation widerspricht, wird die Entscheidung über die Frage der Konsultation und über die Sachfrage den Ministern überlassen (Hinweis mehrerer Minister, daß jeder, der eine EPZ-Entscheidung wünscht, von der Möglichkeit eines Vetos gegen Konsultation sparsam Gebrauch machen wird.)
- Notwendigkeit einer formellen internen Einigung der Neun über den Konsultationsmodus, da die Erfahrung zeigt, daß hierüber wesentliche Meinungsverschiedenheiten entstehen können.
- Konsultationen durch die Präsidentschaft im Namen der Neun können nicht durch bilaterale Konsultationen ersetzt werden, da auch bei Konsultationen, die zunehmend wichtiger Bestandteil jedes außenpolitischen Handelns sind, der Wille der Neun zum Ausdruck kommen muß, als eigenständiges Ganzes aufzutreten.

Während die Acht im wesentlichen einer Meinung waren, wollte Jobert Konsultationen nur nach Ministerbeschuß zulassen. Seine Entschiedenheit, es bei diesem Ministertreffen nicht zu weitreichenden Beschlüssen kommen zu lassen, zeigte sich deutlich:

- Er schraubte während der Diskussion seine Forderungen eher höher als herab.
- Er betonte seine Bereitschaft, für die künftige Möglichkeit einer völligen Eigenständigkeit europäischer Politik auch den Preis zu bezahlen, daß jetzt keine europäische Politik zustande kommt.

BM unterstrich demgegenüber mit Zustimmung der anderen Minister, daß Konsultationen auch zu einem frühen Zeitpunkt kein Zeichen der Schwäche seien und daß Europa seine künftige Unabhängigkeit nicht einbüße, wenn es durch Konsultationen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit seinen Partnern Gelegenheit gäbe, ihre Erwägungen in den europäischen Meinungsbildungsprozeß einfließen zu lassen.

## 2) Europäisch-arabischer Dialog

Im Laufe der Erörterung hob AM Callaghan den britischen Vorbehalt zum Brüsseler Beschuß der Außenminister vom 4. März über den europäisch-arabischen Dialog<sup>6</sup> auf. Er schloß sich aber wie Luxemburg, Dänemark, Niederlande und Irland der Auffassung des Bundesministers an, der einleitend betont hatte, daß die Bundesregierung nach den Erfahrungen der letzten Wochen die Eröffnung des geplanten Dialogs mit den Arabern politisch nicht verantworten könne, wenn nicht in jeder Phase des Dialogs eine rechtzeitige und vollständige Unterrichtung der USA durch die Präsidentschaft sichergestellt sei. AM Jobert

<sup>6</sup> Zu den Beschlüssen der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. März 1974 in Brüssel vgl. Dok. 77.

widersetzte sich dem von uns vorgeschlagenen Auftrag an die Präsidentschaft und wollte Unterrichtung von Drittländern nur von Fall zu Fall und nur auf Grund erneuter Ministerentscheidung zulassen. Ein von Italienern und Franzosen unterstützter Vorschlag der Belgier, die erste exploratorische Phase des Dialogs (Kontakte der Präsidentschaft mit Vertretern der Araber) bereits anlaufen zu lassen und hierüber die USA zu informieren, aber die Unterrichtung dritter Länder über den weiteren Dialog später zu regeln, wurde abgelehnt, da er praktisch auf eine Annahme der französischen Auffassung hinauslaufen würde. Als Ergebnis der Erörterung ist also festzuhalten, daß alle neun Minister grundsätzlich dem geplanten Dialog zustimmen, aber seine Einleitung von einer vorherigen Einigung über laufende Informationen der USA durch die Präsidentschaft abhängig machen, die im PK vorbereitet werden soll.

Die Minister waren sich darüber einig, daß der europäisch-arabische Dialog nicht die laufenden Friedensbemühungen im Nahen Osten und die Suche nach einer Lösung der weltweiten Energieprobleme behindern dürfe. Sie<sup>7</sup> einigten sich darauf, die zweite Phase des Dialogs nicht einzuleiten, bevor nicht die arabischen Ölproduzenten diskriminierende Maßnahmen gegen EG-Mitgliedstaaten aufgehoben haben. Diese Einigung wurde auf Anregung Frankreichs und mit Zustimmung der betroffenen Staaten Niederlande und Dänemark nicht als formeller Beschuß, sondern lediglich als interne Absprache der neun Minister festgehalten. Sie sollte daher auch besonders vertraulich behandelt werden.

### III.

Im Anschluß an das 13. EPZ-Ministertreffen unterrichtete der Bundesminister die Mitglieder des politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments im Rahmen eines von ihm gegebenen Mittagessens und des anschließenden Kolloquiums im Gebäude des Europäischen Parlaments über das 12. und 13. EPZ-Ministertreffen.

Dohms<sup>8</sup>

**Referat 240, Bd. 102872**

<sup>7</sup> Korrigiert aus: „Die“.

<sup>8</sup> Paraphe.

112

**Aufzeichnung des Botschafters Roth****221-372.20/32-468/74 geheim****4. April 1974<sup>1</sup>**

Über Herrn D2 dem Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Billigung vorgelegt<sup>2</sup>  
 Betr.: Stillhalteabsprache im Rahmen von MBFR

Anlg.: 1

In der Anlage wird eine Aufzeichnung vorgelegt, in der Kriterien für eine mögliche Stillhalteabsprache im Rahmen von MBFR aufgezählt werden. Es ist beabsichtigt, diese Aufzeichnung als Arbeitspapier im Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene der NATO zu zirkulieren. Die Erörterung über dieses Thema hat im SPC begonnen. Falls sich der Gedanke einer Stillhalteabsprache, der an einen früheren britischen Vorschlag anschließt, in der NATO durchsetzt, ist damit zu rechnen, daß ein entsprechender Vorschlag im Laufe der nach der Osterpause beginnenden Sitzungsperiode in Wien<sup>3</sup> eingebracht wird.<sup>4</sup>

Der Vorschlag einer Stillhalteabsprache wäre unseres Erachtens eine verhandlungstaktisch nützliche Alternative zum sowjetischen Vorschlag für symbolische Reduzierungen.<sup>5</sup> Er würde dem Westen im Rahmen seiner Grundsatzposition ein gewisses Maß an Flexibilität und Eingehen auf östliche Überlegungen erlauben.

Referat 201 hat mitgezeichnet.

Roth

[Anlage 1]

Betr.: Stillhalteabsprache im Rahmen von MBFR

1) Im Anschluß an die vom Politischen Ausschuß auf Gesandtenebene erarbeitete Themenliste wird im folgenden zur Frage einer Stillhalteabsprache Stel-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ruth konzipiert.

2 Hat Ministerialdirektor van Well am 4. April 1974 vorgelegen.

Hat Staatssekretär Frank am 5. April 1974 vorgelegen, der das Wort „Billigung“ mit Häkchen versah.  
 Hat Botschaftsrat I. Klasse Gescher am 8. April 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Roth verfügte.

Hat Roth erneut am 8. April 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ruth erneut am 3. Mai 1974 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn D2 weisungsgemäß erneut vorgelegt.“  
 Hat van Well erneut am 3. Mai 1974 vorgelegen.

3 Die MBFR-Verhandlungen in Wien wurden am 9. April 1974 unterbrochen und am 10. Mai 1974 wieder aufgenommen.

4 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 22. Mai 1974 zu „no increase“ vgl. Dok. 170, Anm. 5.

5 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten für eine symbolische erste Reduzierungsstufe vgl. Dok. 72.

lung genommen. Dabei werden die in der Themenliste III<sup>6</sup> angeführten Fragen berücksichtigt.

2) Das Schwergewicht der sowjetischen Argumentation in den Wiener Verhandlungen liegt gegenwärtig auf der Forderung nach symbolischen Reduzierungen unter Einschluß der Streitkräfte aller direkten Teilnehmer sowie der Luftstreitkräfte und nuklearer Elemente. Diese Vereinbarungen symbolischer Reduzierungen hätten offensichtlich den Sinn, einerseits das bestehende unausgewogene Streitkräfteverhältnis festzuschreiben und die nicht abgestufte Einbeziehung aller Streitkräfte im Raum der Reduzierungen von Anfang an sicherzustellen.

Eine Stillhalteabsprache könnte verhandlungstaktisch geeignet sein, dem östlichen Vorschlag für symbolische Reduzierungen eine akzeptable und auch in der Öffentlichkeit wirksame Alternative entgegenzustellen und gleichzeitig die Forderung nach der frühen Einbeziehung der Streitkräfte aller direkten Teilnehmer zu entkräften. Sie würde die Aussage unterstreichen, daß das westliche Gesamtprogramm von MBFR auch die Einbeziehung nichtamerikanischer Streitkräfte in der zweiten Phase zur Vollendung des common ceiling vorsieht. Dabei müßte allerdings sichergestellt werden, daß Luftstreitkräfte und nukleare Elemente nicht in den Rahmen einer Stillhalteabsprache gehören.

3) Mehrere östliche Delegierte haben das westliche Konzept des phasenmäßigen Vorgehens und der Begrenzung der Reduzierungen in der ersten Phase auf sowjetische und amerikanische Streitkräfte mit der Begründung kritisiert, daß dabei nicht sichergestellt werden könne, daß amerikanische Reduzierungen im Westen nicht durch Anhebung des Streitkräfteniveaus anderer direkter Teilnehmer wieder ausgeglichen werden. Eine Stillhalteabsprache würde damit einem Petitum der östlichen Seite entsprechen. Ein entsprechender Vorschlag durch uns könnte als Eingehen auf östliche Überlegungen begründet werden und hätte insofern verhandlungstaktische Vorteile.

4) Eine Stillhalteabsprache sollte u. E. zusammen mit den anderen Inhalten der ersten Phase ausgehandelt und verabschiedet werden. Eine Zusage oder Absichtserklärung vor dem Eintritt in konkrete Verhandlungen müßte sich auf die Feststellung beschränken, daß die westliche Seite bereit ist,

- über Inhalt und Form einer Stillhalteabsprache zu verhandeln, sobald mit Verhandlungen über die anderen Inhalte der ersten Phase begonnen wird,
- und bei einem befriedigenden Abschluß der Verhandlungen in der ersten Phase zusammen mit der östlichen Seite eine entsprechende Erklärung abzugeben.

<sup>6</sup> In der von Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), am 1. April 1974 übermittelten „Themenliste“ wurde unter Ziffer III ausgeführt: „Non-increase of forces agreement: a) Would ground forces of all direct participant nations be included? Would their equipment? Would forces in Hungary be included? b) Would the limitation be global on each side, or would there be US and Soviet sub-ceilings for the duration of the non-increase agreement? c) Timing of implementation: Prior to first phase agreement, simultaneous with it, or following it? d) Nature of agreement: i) Unilateral declaration?, ii) Joint East-West declaration?, iii) Provision of first phase agreement?, iv) Separate agreement? e) Time limitation: i) How long would agreement be in force?, ii) Termination provision? f) Western requirements: i) Exceptions for exercise purposes and rotations, ii) Freedom to make force improvements.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; VS-Bd. 9461 (221); B 150, Aktenkopien 1974.

- 5) Eine flankierende Absprache der vorgesehenen Art sollte so einfach wie möglich sein. Deshalb dürfte sie sich nur auf die Mannschaftsstärke der Landstreitkräfte erstrecken. Die Ausrüstung der Landstreitkräfte sollte ebensowenig einbezogen werden wie die Luftwaffe und die nuklearen Elemente. Über die Forderung der Einfachheit hinaus würde dies auch sicherstellen, daß durch eine Stillhalteabsprache qualitative Veränderungen und Verbesserungen auf westlicher Seite nicht erschwert werden.
- 6) Die Absprache müßte sich auf das Streitkräfteniveau jeder Seite im Raum der Reduzierungen beziehen, das zustande kommt, wenn die sowjetischen und amerikanischen Reduzierungsanteile der ersten Phase abgezogen sind. Dabei müßte sichergestellt werden, daß im Westen die Gesamtheit der verbleibenden Landstreitkräfte zugrundegelegt wird. Eine besondere Heraushebung des Niveaus sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte im Zusammenhang der Stillhalteabsprache erscheint nicht erforderlich, da eine entsprechende Festlegung bereits in der Logik einer Reduzierungsvereinbarung der ersten Phase liegt.
- 7) Die Antwort auf die Frage, ob Ungarn in eine solche Absprache einbezogen werden sollte, hätte zu berücksichtigen, inwieweit das Streitkräfteniveau in Ungarn im Sinne einer Nichtumgehungsklausel in den Reduzierungsvereinbarungen abgesichert werden kann. Angesichts der Besonderheiten der politischen Lage Ungarns dürfte es im westlichen Interesse liegen, für Ungarn eine besondere Regelung außerhalb eines globalen ceilings für die anderen direkten Teilnehmer des Warschauer Pakts anzustreben.
- 8) Eine Stillhalteabsprache müßte am Verhandlungsziel des common ceiling für Landstreitkräfte orientiert sein und die Erreichung dieses Ziels erleichtern. Das bedeutet, daß die Absprache in Übereinstimmung mit der Grundsatzposition der NATO von der Bereitschaft der anderen Seite abhängen würde, sich das Konzept des common ceiling zu eigen zu machen.
- 9) Die verbindliche Erklärung über die Nichterhöhung des Streitkräfteniveaus sollte zeitlich mit dem Abschluß der Verhandlungen über die Reduzierung sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte in der ersten Phase synchronisiert werden. Auf diese Weise würde aus ihr der größtmögliche verhandlungstaktische Nutzen gezogen werden können.
- 10) Eine Stillhalteabsprache wäre zeitlich auf die Dauer der Verhandlungen oder auf eine bestimmte Frist zu begrenzen. Ein Abbruch der Verhandlungen oder die Vollendung des common ceiling würde die Stillhalteabsprache ablösen.
- 11) Eine Absprache, in der die Summe der Streitkräfte der direkten Teilnehmer einbezogen wird, könnte die Art der Einbeziehung der Streitkräfte aller direkten Teilnehmer in einer Vereinbarung der zweiten Phase positiv beeinflussen. Die Form dieser Absprache müßte daher den globalen Erfordernissen auf unserer Seite gerecht werden, eine Differenzierung nach nationalen Streitkräften müßte unbedingt unterbleiben.
- 12) Gleichzeitig könnte mit einer solchen Absprache die Allianz insgesamt bei einer MBFR-Vereinbarung ins Spiel gebracht werden. Dies wäre möglich auf der Basis
  - eines Protokolls einer Plenarsitzung, in dem übereinstimmende Erklärungen je eines Vertreters der westlichen und der östlichen Seite enthalten sind,

- von abgesprochenen flankierenden Erklärungen der NATO und des Warschauer Pakts im zeitlichen Zusammenhang mit der Unterzeichnung von Abmachungen über die erste Verhandlungsphase.

Bei einer endgültigen Festlegung der Form einer Stillhalteabsprache muß naturgemäß die Form der Vereinbarungen über die erste Phase berücksichtigt werden. Dies trifft insbesondere für die Frage zu, inwieweit die Allianz in künftigen Vereinbarungen zur ersten Phase selbst in Erscheinung treten kann.

13) Bei der Vorbereitung und Konkretisierung einer Stillhalteabsprache müssen auf westlicher Seite u. a. folgende Einzelaspekte beachtet werden:

- Austauschbarkeit der Streitkräftekomponenten der Allianz insgesamt,
- qualitative Veränderungen und Verbesserungen der Streitkräftestruktur,
- die Erfordernisse der integrierten Struktur der NATO,
- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstungsbeschaffung und -produktion.

**VS-Bd. 9461 (221)**

## 113

### **Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Premierminister Wilson in Paris**

**6. April 1974<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Wilson am 6. April 1974 von 14.15 bis 15.00 Uhr im Hotel Bristol in Paris.<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Botschafter Tomkins; Lord Bridges, Persönlicher Referent; MDg Dr. Per Fischer; VLR Dr. Schilling.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über die Aussichten in den französischen Präsidentschaftswahlen<sup>3</sup> (in denen nach beiderseitiger Übereinstimmung Chaban-Delmas große Aussichten hat), erklärte PM Wilson, er begrüße es, daß durch die Ereignisse in Frankreich mehr Zeit für die zwischen der EG und Groß-

<sup>1</sup> Ablichtung

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, am 8. April 1974 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Hermes am 9. April 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Poensgen am 9. April 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 410, 411 und 412 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Trumpf am 9. April 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ruyter „n[ach] Rückkehr“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jelonek am 10. April 1974 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Loeck am 11. April 1974 vorgelegen.

Hat Ruyter am 17. April 1974 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Brandt und Premierminister Wilson hielten sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 2. April 1974 verstorbenen Staatspräsidenten Pompidou in Paris auf.

<sup>3</sup> Die Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten in Frankreich fanden am 5. und 19. Mai 1974 statt.

britannien anhängigen Fragen<sup>4</sup> gewonnen würde. Dies sei für die britische Regierung nur gut. Er habe mit Callaghan ausgemacht, daß ohnehin nicht vor Ende April Erörterungen stattfinden sollten, damit die britische Seite mehr Zeit für Vorabklärungen habe. In den Ostertagen<sup>5</sup> werde er mit Callaghan und dem kleinen Kreis der unmittelbar Beteiligten die Unterlagen für die Gespräche fertigstellen.

Der *Bundeskanzler* äußerte die Erwartung, daß die nächste deutsch-französische Konsultation nach der Präsidentschaftswahl etwa im Juli stattfinden könne.<sup>6</sup>

PM Wilson zog daraus den Schluß, daß vorher in der EG ohnehin nichts passieren werde.

Der *Bundeskanzler* stellte klar, daß es für alle EG-Partner nützlich sein werde, möglichst bald klar zu übersehen, wie für die britischen Wünsche Anpassungsmöglichkeiten gefunden werden könnten.

PM Wilson stellte klar, es ginge darum festzustellen, wie viele der britischen Wünsche durch Anpassungen gelöst werden könnten. Er wünsche keine Änderung der Römischen Verträge und wolle möglichst auch ohne Änderung des Beitrittsvertrages<sup>7</sup> zu einem Abschluß gelangen. Die sonst unerlässliche Ratifizierungsprozedur würde ein viel zu schweres Verfahren darstellen. Für das Problem der Zuckereinfuhren aus dem Commonwealth ließe sich eine Lösung ohne Vertragsänderung finden; dies gelte sicherlich auch für andere Bereiche. Die Einigung über die Agrarpreise<sup>8</sup> stelle ebenfalls einen günstigen Präzedenzfall dar.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, daß die Europäische Gemeinschaft auch dann überleben müsse und überleben werde, wenn Großbritannien austreten wolle. Auch Großbritannien werde wohl überleben. Die Frage der zukünftigen Entwicklung überschattete jedoch die bevorstehenden Gespräche: Falls alle Seiten es als aussichtsreich betrachteten, daß sie in der EG zusammenblieben, dann würden auch die Gespräche über Anpassungen erfolgreicher verlaufen. Solange die Möglichkeit eines britischen Austrittes gegeben sei, würden die übrigen Mitgliedstaaten umgekehrt zögern, in Kompromisse einzuwilligen. Es sei deshalb notwendig, möglichst früh eine Vorstellung über das gesamte Verhandlungsergebnis zu gewinnen.

PM Wilson antwortete, AM Callaghan sollte in dieser Richtung tätig werden. Innerhalb des hierfür zuständigen Ausschusses der britischen Regierung gebe es keine Schwierigkeiten über das Vorgehen. So sei bei der letzten Sitzung in etwas mehr als einer Stunde die Linie für die Luxemburger Ratssitzung abge-

<sup>4</sup> Zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen, den der britische Außenminister Callaghan auf der EG-Ministerratstagung am 1. April 1974 in Luxemburg erörterte, vgl. Dok. 99, Anm. 3, und Dok. 133.

<sup>5</sup> 14./15. April 1974.

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Konsultationsbesprechungen am 8./9. Juli 1974 vgl. Dok. 205 und Dok. 206.

<sup>7</sup> Für den Wortlaut des Vertragswerks vom 22. Januar 1972 über den Beitritt von Dänemark, Großbritannien, Irland und Norwegen zu EWG, EURATOM und EGKS vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.

<sup>8</sup> Auf der EG-Ministerratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 21. bis 23. März 1974 in Brüssel wurden die gemeinsamen Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1974/75 festgelegt. Dabei wurden Großbritannien u. a. im Bereich Zucker verschiedene Ausnahmeregelungen zugestanden. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1974, S. 21–30.

steckt worden. Die Partei wisse um die Notwendigkeit eines einzigen Auftretens, insbesondere im Hinblick auf die Wahlen. Wann er diese Wahlen ansetze, wisse er noch nicht. Unter den verschiedenen Hypothesen bestünde auch jene, die Wahlen mit der vorgesehenen Volksabstimmung über die EG-Frage zu verbinden. Aber auch ein Juni-Termin sei nicht auszuschließen. Die Konservativen wünschten keine frühen Wahlen. Sie hätten im übrigen ein Führungsproblem, das sie jedoch nur dann lösen könnten, wenn kein Wahltermin bevorstünde. Ohnehin sei nicht mit letzter Klarheit auszumachen, wie weit die EG-Problematik die Wahlen bestimmen werde. Auf den anschließenden Hinweis von PM Wilson, daß in der Frage der atlantischen Beziehungen die beiden Regierung ähnliche Positionen einnehmen, antwortete der *Bundeskanzler*, daß bis vor einem Jahr auch noch die Möglichkeit einer Einigung mit Frankreich in dieser Frage bestanden habe. Er hoffe, daß nach den Präsidentschaftswahlen die französischen Meinungsverschiedenheiten mit den USA abnehmen würden. Andererseits müsse anerkannt werden, daß etwa in einem Problem wie dem „approach“ gegenüber dem Mittleren Osten nicht nur die französische Haltung ein Hindernis darstelle. Er habe in seinem Gespräch mit AM Kissinger<sup>9</sup> darauf hingewiesen, daß Europa die amerikanische Aufgabe im Nahen Osten keineswegs erschweren wolle, andererseits die geographische Nachbarschaft und die zahlreichen europäischen Interessen am südlichen Mittelmeer aber ein europäisches Engagement verlangten. In dieser Richtung sehe er seine bevorstehenden Besuche in Ägypten<sup>10</sup> und Algerien<sup>11</sup>, die selbstverständlich in Abstimmung mit der amerikanischen und der israelischen Regierung stattfinden würden.

PM Wilson wies darauf hin, daß er in Übereinstimmung mit AM Callaghan den europäisch-arabischen Dialog akzeptiert habe; dies sei auch im Unterhaus genehmigt worden. Algerien betrachte er als den wichtigsten arabischen Staat.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach dem Bericht, den AM Kissinger nach Rückkehr von Moskau gemacht habe, antwortete PM Wilson, dieser Bericht sei einigermaßen optimistisch gewesen.<sup>12</sup> Die technischen Probleme für eine SALT-Abmachung seien identifiziert worden.<sup>13</sup> Im übrigen betrachte sich die Labour-Partei ebenso wie die SPD als eine „teilweise atlantische“ Partei.

<sup>9</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 4. März 1974 vgl. Dok. 68.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 21. bis 24. April 1974 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 124–127.

<sup>11</sup> Bundeskanzler Brandt besuchte Algerien vom 19. bis 21. April 1974. Vgl. dazu Dok. 121 und Dok. 123.

<sup>12</sup> Im Anschluß an seinen Besuch vom 24. bis 28. März 1974 in der UdSSR hielt sich der amerikanische Außenminister Kissinger am 28. März 1974 in Großbritannien auf. Zum Besuch von Kissinger in der UdSSR vgl. Dok. 104, Anm. 16.

<sup>13</sup> Botschafter Krapf, Brüssel (NATO), berichtete am 1. April 1974, der Berater im amerikanischen Außenministerium, Sonnenfeldt, habe am 29. März 1974 den Ständigen NATO-Rat über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Kissinger vom 24. bis 28. März 1974 in Moskau zu SALT informiert. Obwohl die Einbeziehung der in Europa stationierten FBS in ein zukünftiges SALT II-Abkommen nicht erörtert worden sei, habe der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, anhand einer Landkarte darauf hingewiesen, daß diese Waffen in der Lage seien, die UdSSR zu erreichen. „Die Diskussionen hätten sich auch mit der Möglichkeit befaßt, das Interim-Abkommen auszudehnen und darin auch das MIRV-Problem zu lösen. [...] Die Sowjets seien nicht bereit gewesen, ein ‚ceiling‘ oder ‚sub-ceiling‘ für mit MIRVs versehene landgestützte Raketen zu akzeptieren.“ Wegen dieser Schwierigkeiten hätten Breschnew und Kissinger angedeutet, daß 1974 wahrscheinlich kein Abkommen abgeschlossen werden könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 423; VS-Bd. 2077 (201); B 150, Aktenkopien 1974.

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über Fragen der Sozialistischen Internationale erkundigte sich der *Bundeskanzler*, wann Wilson Labour-Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden werde.<sup>14</sup>

PM *Wilson* antwortete, dies würde erst geschehen, wenn man in den Gesprächen mit der EG weitergekommen sei. Ohnehin würden die Abgeordneten zur Zeit im Unterhaus benötigt.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers* nach Fortschritten in der Lösung des irischen Problems entgegnete PM *Wilson*, für die Regierung Faulkner liege das Problem darin, daß bei den letzten Unterhauswahlen nur Extremisten gewählt worden seien.<sup>15</sup> Ministerpräsident Cosgrave von Irland, der am Vortag in London gewesen sei, wolle allerdings in der Sicherheitsfrage Nordirland soweit entgegenkommen, daß Faulkner die Aufrechterhaltung der Einigung von Sunningdale<sup>16</sup> ermöglicht werde. Mit Cosgrave habe er auch die EG-Problematik behandelt, wobei dieser mit der britischen Haltung einverstanden sei.

<sup>14</sup> Dazu wurde in der Presse berichtet: „Die britische Regierung unter Premierminister Wilson will das europäische Parlament in Straßburg weiterhin boykottieren, bis sie neue und bessere Bedingungen für die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft ausgehandelt hat. In einer Unterhausdebatte sagte Außenminister Callaghan, für die Regierung bleibe die Frage der Neuverhandlungen vordringlich. Deshalb würden auch in Zukunft keine Labour-Abgeordneten nach Straßburg entsandt. Im europäischen Parlament sind bisher nur Abgeordnete der konservativen und der liberalen Partei vertreten.“ Vgl. die Meldung „Callaghan: Labour-Abgeordnete nicht nach Straßburg“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. März 1974, S. 6.

<sup>15</sup> Bei den Wahlen zum britischen Unterhaus am 28. Februar 1974 erlangten die Vereinigten Ulster-Unionisten 11 Sitze und die Sozialdemokratische und Arbeiterpartei Nordirlands einen Sitz.

<sup>16</sup> Am 21. November 1973 einigten sich die Sozialdemokratische und Arbeiterpartei Nordirlands (SDLP), die Unionisten unter Brian Faulkner (UUP) und die anti-republikanische Allianzpartei auf die Bildung einer gemeinsamen nordirischen Exekutive. Vgl. dazu den Artikel „Grundsätzliche Einigung in Ulster“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. November 1973, S. 3.

Diese nordirische Exekutive verhandelte vom 6. bis 9. Dezember 1973 in Sunningdale mit der britischen und der irischen Regierung über die Bildung eines gesamtirischen Rats. Zur Übereinkunft von Sunningdale vom 9. Dezember 1973 wurde in der Presse berichtet: „Das Schlußkommuniqué der Konferenz erklärt, daß der Gesamtirische Rat nur aus Vertretern der beiden Teile Irlands bestehen soll. Er soll sich zusammensetzen aus erstens einem Ministerrat, mit Exekutiv- und Harmonisierungsfunktionen und einer beratenden Rolle. Ihnen sollen je sieben Mitglieder der irischen Regierung und der nordirischen Exekutive sowie etwaige zusätzliche Mitglieder ohne Stimmrecht angehören. Zweitens aus einer beratenden Versammlung mit ratgebenden und Prüfungsfunktionen, die aus je 30 Mitgliedern aus dem Süden und aus dem Norden bestehen soll. [...] Die genauen Funktionen des Rates sollen erst auf einer Konferenz im nächsten Jahr festgelegt werden. [...] Nur wenige Stunden nach dem erfolgreichen Abschluß der Irland-Konferenz haben radikale Wortführer der nordirischen Protestanten die Bildung des vorgesehenen Gesamtirischen Rates strikt abgelehnt. Dem designierten nordirischen Regierungschef Faulkner warfen sie den „Ausverkauf protestantischer Interessen und die „Kapitulation“ unter dem Druck der vorwiegend katholischen Irischen Republik vor.“ Vgl. den Artikel „Die irische Übereinkunft läßt wichtige Fragen offen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Dezember 1973, S. 3.

Die Übereinkunft von Sunningdale scheiterte am 28. Mai 1974. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Das Experiment protestantisch-katholischer Machtteilung in Nordirland unter Brian Faulkner ist gescheitert. Der Premierminister und alle übrigen Mitglieder der Unionistischen Partei in der Belfast Regierung haben sich am Dienstagnachmittag gezwungen gesehen, ihren Rücktritt zu erklären. Sie wichen damit dem unerbittlichen Druck eines von der protestantischen Bevölkerungsmehrheit unterstützten Generalstreiks, der das Wirtschaftsleben in der britischen Provinz seit nunmehr 13 Tagen blockiert und am Dienstag die Gefahr eines „totalen Stillstandes“ in greifbare Nähe rückte. [...] Nach dem Rücktritt [...] war zunächst unklar, wer Ulster nun regieren würde. Zwei Möglichkeiten standen im Vordergrund der Überlegungen: abermals britische Direktherrschaft oder eine neue Exekutive in Belfast.“ Vgl. den Artikel „Das nordirische Ausgleichs-Experiment scheitert an den militärischen Protestanten“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Mai 1974, S. 1.

Auf die Frage von PM *Wilson* nach der weiteren Entwicklung der Ost-West-Beziehungen antwortete der *Bundeskanzler*, dies würde davon abhängen, ob die USA und die Sowjetunion im Nahen Osten und in SALT eine gemeinsame Grundhaltung aufrechterhalten könnten. Falls dies der Fall sei, werde auch die KSZE zu einem einigermaßen befriedigenden Ende kommen. Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seien gut, das wirtschaftliche Verhältnis käme allmählich in Ordnung, er beabsichtige im Juli einen Besuch in der Sowjetunion. Mit der Tschechoslowakei, Ungarn und Bulgarien sei die Normalisierung erreicht<sup>17</sup>, mit der DDR stünden mehrere Folgeverträge vor dem Abschluß. Das Verhältnis zu Polen sei noch belastet, er rechne jedoch weiterhin mit Fortschritten, die einen Besuch von Gierek in Bonn bis Jahresende möglich machen werde. Abgesehen von den Verhandlungen mit der DDR, ende damit die bilaterale Phase der deutschen ostpolitischen Bemühungen, die nunmehr in die multilaterale Phase übergeleitet werden könnten.

Auf die Frage von PM *Wilson* nach den Möglichkeiten Europas in der gegenwärtigen Weltwirtschafts- und Weltwährungsdiskussion antwortete der *Bundeskanzler*, daß BM Schmidt und Schatzkanzler Healey ihre gute Zusammenarbeit von früher zum beiderseitigen Nutzen wieder aufgenommen hätten.

PM *Wilson* unterstrich, daß die britische Regierung keinerlei Schritte ergriffen habe oder ergreifen wolle, die den wirtschaftlichen Austausch stören könnten.

**VS-Bd. 8851 (410)**

## 114

### **Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Ministerpräsident Hartling in Paris**

**6. April 1974<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem dänischen Premierminister Hartling am 6. April 1974 von 16.30 bis 16.50 Uhr im Hotel Bristol.<sup>2</sup>  
Weitere Teilnehmer: Botschafter Fischer, MDg. Dr. Per Fischer.

<sup>17</sup> Die Bundesrepublik nahm am 11. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen zur ČSSR und am 21. Dezember 1973 zu Bulgarien und Ungarn auf.

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, am 8. April 1974 gefertigt.

Hat Ministerialdirektor Hermes am 9. April 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Poensgen am 9. April 1974 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Referate 410 und 412 sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Loeck verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Trumpf am 10. April 1974 vorgelegen.

Hat Loeck am 11. April 1974 vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Brandt und Ministerpräsident Hartling hielten sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 2. April 1974 verstorbenen Staatspräsidenten Pompidou in Paris auf.

*Bundeskanzler* gab seinen Eindruck aus dem Gespräch mit PM Wilson<sup>3</sup> dahingehend wieder, daß dieser sich etwas positiver als Callaghan zur EG einstelle. Er habe ihm geantwortet, daß die Aussichten für eine Einigung über die britischen Wünsche<sup>4</sup> schlecht blieben, solange sich alle Partner nicht über die Weiterentwicklung in der Gemeinschaft – ob mit oder ohne England – klar seien.

Auf die Frage von *Hartling*, ob eine Gipfelkonferenz in Bonn stattfinden werde, antwortete *Bundeskanzler*, daß er dies kaum mehr erwarte. Die Daten vom 27. und 28. Mai bleiben weiterhin reserviert. Die Notwendigkeit eines Präsidententreffens könnte sich unter anderem allerdings dann ergeben, wenn es zu einer dramatischen Verschlechterung der europäisch-amerikanischen Beziehungen kommen sollte.

*Hartling* wies darauf hin, daß die weitere Entwicklung der europäisch-amerikanischen Beziehungen und der innereuropäischen Beziehungen nicht voneinander getrennt werden könnten. Auch die dänische öffentliche Meinung sähe beides in Verknüpfung miteinander.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß England dazu neige, nur von der atlantischen Zusammenarbeit zu sprechen, Frankreich nur von der europäischen Zusammenarbeit. Die Bundesregierung lehne eine Wahl zwischen beiden ab. Er habe allen Gesprächspartnern, auch den französischen, immer klargemacht, daß es Bereiche, wie z. B. die Sicherheit, die Weltwährungsreform oder Energie gäbe, in denen die Bundesregierung im Falle einer Konfrontation sich nicht von den USA trennen lassen könne. Dies bedeute jedoch in keinem Fall eine Aufgabe der westeuropäischen Integration. Er hoffe, es werde sich in diesem Punkt eine Übereinstimmung mit dem neuen französischen Präsidenten<sup>5</sup> leichter finden lassen. Bis vor einem Jahr sei dies auch mit Pompidou möglich gewesen.

*Hartling* wies darauf hin, daß in Dänemark eine ähnliche Beurteilung herrsche. Die Zustimmung zum NATO-Bündnis sei in den letzten Wochen wieder gewachsen. Mit Sorge erfülle ihn die Weiterentwicklung in der Gemeinschaft, insbesondere auf dem Hintergrund eines britischen Austritts.

*Bundeskanzler* hob hervor, daß wir die Kernschlange<sup>6</sup> zu erhalten wünschten. *Hartling* stimmte dem zu. Allerdings habe die 90%ige Abhängigkeit Dänemarks von Ölimporten zu einer Verteuerung in Höhe von fünf Mrd. Kronen geführt. Er werde dennoch dafür kämpfen, daß Dänemark in der Kernschlange bleibe.

Der *Bundeskanzler* unterstrich noch einmal, daß die Kernschlange solange erhalten werden müsse, bis alle Gemeinschaftsstaaten wieder in einen Währungsverbund gebracht werden könnten. Im Januar habe er mit BM Schmidt gehofft, die Franzosen in der Schlange halten zu können<sup>7</sup>; im vergangenen März habe die Aussicht bestanden, auch Großbritannien im Währungsverbund zu be-

<sup>3</sup> Für das Gespräch mit Premierminister Wilson am 6. April 1974 in Paris vgl. Dok. 113.

<sup>4</sup> Zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen vgl. Dok. 99, Anm. 3, und Dok. 133.

<sup>5</sup> Am 5. und 19. Mai 1974 fanden in Frankreich Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten statt.

<sup>6</sup> Zur europäischen „Währungsschlange“ vgl. Dok. 23, Anm. 4.

<sup>7</sup> Zur Freigabe des Wechselkurses des Franc am 19. Januar 1974 vgl. Dok. 23.

Zum Angebot der Bundesregierung für einen monetären Beistand vgl. Dok. 65, Anm. 44.

halten.<sup>8</sup> Heath sei dazu entschlossen gewesen; die Bank von England habe neben anderen aber nicht mitziehen wollen.

*Hartling* sah für den Fall eines britischen Austritts aus der EG eine schwierige Entscheidung für Dänemark voraus. Automatisch werde Dänemark deshalb keineswegs herausgehen. Sein Verbleib könne zu großen Auseinandersetzungen führen.

*Bundeskanzler* teilte mit, daß PM Wilson von einer irischen Übereinstimmung mit der britischen Haltung gesprochen habe.

Auf die Frage von Hartling nach der weiteren Entwicklung im Mittleren Osten wies *Bundeskanzler* auf seine bevorstehende Reise nach Algerien<sup>9</sup> und Ägypten<sup>10</sup> hin.

*Hartling* berichtete, daß er AM Guldberg demnächst bitten werde, nach Algerien zu reisen. Das weiterhin aufrechterhaltene Embargo gegen Dänemark und Holland<sup>11</sup> bereite ihm Sorge.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß bei der Terminierung der ins Auge gefaßten europäisch-arabischen Außenministerkonferenz auf die amerikanische Position Rücksicht genommen werden müsse. Allerdings werde auch Amerika lernen müssen, daß ein vereintes Europa vorteilhafter sei als ein gespaltenes. Der europäisch-arabische Dialog könne natürlich nur weiterentwickelt werden, wenn die arabischen Staaten ihr Embargo gegen einzelne EG-Mitgliedstaaten aufgehoben hätten.

Das Gespräch wurde auf norwegisch/dänisch geführt.

**VS-Bd. 8851 (410)**

<sup>8</sup> Am 23. Juni 1972 beschloß die britische Regierung die Freigabe des Wechselkurses des Pfund Sterling.

Während des Besuchs des Premierministers Heath am 1./2. März 1973 bot die Bundesregierung die Gewährung eines Stützungskredits an, damit Großbritannien in den europäischen Währungsverband zurückkehre. Vgl. dazu AAPD 1973, I, Dok. 70.

<sup>9</sup> Bundeskanzler Brandt besuchte Algerien vom 19. bis 21. April 1974. Vgl. dazu Dok. 121 und Dok. 123.

<sup>10</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 21. bis 24. April 1974 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 124-127.

<sup>11</sup> Zum Ölboykott mehrerer arabischer Staaten gegen Dänemark und die Niederlande vgl. Dok. 75, Anm. 11.

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt  
mit Präsident Nixon in Paris**

**VS-vertraulich**

**6. April 1974<sup>1</sup>**

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Nixon am 6. April 1974 von 19.00 bis 20.00 Uhr in der Residenz des amerikanischen Botschafters in Paris.<sup>2</sup>

Weitere Teilnehmer: Botschafter Irwin, Mr. Brand (?), Botschafter von Braun, MDg Dr. Per Fischer.

Präsident Nixon eröffnete mit der Feststellung, die amerikanische Regierung sei dem Bundeskanzler sehr dankbar, in einem Augenblick europäischer Meinungsverschiedenheiten eine klare Haltung gegenüber Amerika eingenommen zu haben. Die wachsende isolationistische Strömung in Amerika beunruhige ihn. Die Haltung des Bundeskanzlers ermutige die Amerikaner zu der Ansicht, daß trotz der Schwierigkeiten, die zur Zeit bestünden, die atlantische Sicherheit auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Die Frage der Sicherheit sei für ihn eindeutig die wichtigste; wirtschaftliche Fragen seien nur als Stütze der Sicherheitszusammenarbeit wichtig. Er bleibe auch gegenüber dem Kongreß bei der Grundhaltung, daß eine Verminderung amerikanischer Truppen nur auf multilateraler Grundlage möglich sei. Die deutsche Haltung bei der Regelung des Offset-Problems<sup>3</sup> sei hilfreich gewesen.

*Bundeskanzler* begrüßte die Tatsache, daß, wie AM Kissinger es in Bonn gesagt habe<sup>4</sup>, kein bilaterales Problem zwischen den beiden Regierungen stünde. Bei seinem Gespräch mit PM Wilson<sup>5</sup> habe er auch dessen atlantisches Engagement feststellen können.

*Nixon* warf ein, daß Wilson nicht so eifrig („keen“) in der Frage der EG sei.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß mit dem verstorbenen Präsidenten Pompidou in den Jahren 1970 und 1971 die Möglichkeit einer gemeinsamen Weiterentwicklung sowohl der Integration als auch der transatlantischen Beziehungen bestanden habe.

*Nixon* ergänzte, daß diese Verbesserung auch in den bilateralen französisch-amerikanischen Beziehungen damals zu verzeichnen gewesen sei, die – sicher

<sup>1</sup> Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Fischer, Bundeskanzleramt, am 8. April 1974 gefertigt.

Hat Ministerialdirigent Simon am 9. April 1974 vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor van Well vorgelegen.

<sup>2</sup> Bundeskanzler Brandt und Präsident Nixon hielten sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den am 2. April 1974 verstorbenen Staatspräsidenten Pompidou in Paris auf.

<sup>3</sup> Zur Vereinbarung eines Devisenausgleichsabkommens zwischen der Bundesrepublik und den USA für die Zeit vom 1. Juli 1973 bis 30. Juni 1975 vgl. Dok. 104, Anm. 38, sowie Dok. 137.

<sup>4</sup> Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 4. März 1974; Dok. 68.

<sup>5</sup> Für das Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Premierminister Wilson am 6. April 1974 in Paris vgl. Dok. 113.

nicht allein durch französische Schuld – bei seiner Amtsübernahme<sup>6</sup> in einem miserablen Zustand gewesen seien.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß für den Fall einer Wahl von Chaban-Delmas<sup>7</sup> eine Bewegung in Richtung auf weitere Zusammenarbeit im Bündnis zu erwarten sei, selbst wenn mit einer französischen Wiedereingliederung in die NATO-Integration<sup>8</sup> nicht gerechnet werden dürfe.

*Nixon* bestätigte dies und fügte hinzu, nach seiner Überzeugung habe Pompidou auch in diese Richtung gehen wollen, sei aber nicht mehr stark genug gewesen, um seinen Willen durchzuführen.

Auf die Frage von Nixon, wie weit Chaban-Delmas Wirtschaftsfragen beherrische, wies *Bundeskanzler* darauf hin, daß er während dessen Premierministerschaft<sup>9</sup> laufend wirtschaftspolitische und sozialpolitische Fragen mit ihm behandelt habe. Er halte ihn für einen fähigen Mann, der entschlossen sei, die französische Wirtschaft weiter zu modernisieren. Im Anschluß an die französischen Wahlen und die zu erwartenden Neuwahlen in Großbritannien hoffe er auf die Möglichkeit, das Atlantische Bündnis neu zu beleben. Dabei spiele die Frage keine Rolle, ob die vorgesehenen Deklarationen verabschiedet würden oder nicht.

*Nixon* räumte ein, daß die Erklärungen kein Ziel in sich selbst seien.

*Bundeskanzler* führte aus, er hätte die Erklärungen gern realisiert gesehen; wichtiger sei jedoch der gesamte Kontext. Positiv zu werten sei, daß die Dänen ihre Rüstungsausgaben in absoluten Zahlen erhöhen wollten. Wir vergrößerten den Umfang der Bundeswehr um 35 000 bis 40 000 Mann. Falls in dieser Weise die Europäer alle dazu beitragen, die Lasten besser zu verteilen, dann stelle dies ein Positivum dar. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der EG und den USA werde durch die Unsicherheit kompliziert, ob Großbritannien Mitglied bleibe.<sup>10</sup>

*Bundeskanzler* führte aus, er habe PM Wilson gesagt, er dürfe nicht denken, daß die EG ohne Großbritannien nicht überleben werde. Auch Großbritannien werde überleben. Wir könnten aber an den Grundlagen der Gemeinschaft keine Abstriche machen, nur um Großbritannien in der EG zu halten. Wir seien bereit zu Gesprächen, wir seien auch bereit, Anpassungen zu prüfen, wo sie möglich seien; es sei aber natürlich nicht zu erwarten, daß die EG-Mitgliedstaaten Konzessionen machen, um zum Schluß zu erleben, daß Großbritannien nicht Mitglied bleibe. Die Bereitschaft zu Konzessionen werde eher vorhanden seien, wenn die anderen Mitgliedstaaten wüßten, wie die Weiterentwicklung verlaufe.

*Nixon* erkundigte sich, ob die Lage für die Bundesregierung nicht schwierig sei, wenn sie von Frankreich oder von England vor die Alternative Europa oder Amerika gestellt werde.

<sup>6</sup> Richard M. Nixon wurde am 20. Januar 1969 als Präsident der USA vereidigt.

<sup>7</sup> Die Wahlen zum Amt des Staatspräsidenten in Frankreich fanden am 5. und 19. Mai 1974 statt.

<sup>8</sup> Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

<sup>9</sup> Jacques Chaban-Delmas war von 1969 bis 1972 französischer Ministerpräsident.

<sup>10</sup> Zum britischen Wunsch nach Neuregelung der EG-Beitrittsbedingungen vgl. Dok. 99, Anm. 3, und Dok. 133.

*Bundeskanzler* entgegnete, dies gelte natürlich in erster Linie für Frankreich. Er ließe sich jedoch nicht vor diese Wahl stellen. Er habe immer seinen französischen Gesprächspartnern klargemacht, daß er in Fragen wie der Sicherheit oder der Weltwährungsreform nicht gegen die USA vorgehen könne. Dies bedeute jedoch nicht, daß er jeden Gedanken an die europäische Einigung aufgebe. Dieses Ziel bleibe für die europäischen Staaten verpflichtend. Ohne eine stabile deutsch-französische Grundlage sei die Organisation Europas nicht möglich. Diese Grundlage müßten wir beibehalten und fördern, selbst wenn es in einigen Einzelgebieten zu gemeinsamen Entscheidungen mit der amerikanischen Regierung käme. Wir würden die europäische Einigung immer fortsetzen, weil sie nicht nur für Deutschland, sondern für alle europäischen Staaten die einzige Alternative zu einem Rückfall in sterilen Nationalismus bedeute.

*Nixon* führte aus, sein Problem liege darin, die gegenwärtige Struktur der atlantischen Sicherheitspolitik trotz isolationistischer Strömungen in Amerika aufrechtzuerhalten, bis sich im Ost-West-Gespräch neue Möglichkeiten anbieten könnten. Er selbst sei immer für ein vereintes Europa unter Einschluß Großbritanniens eingetreten. Für viele Amerikaner sei es widernatürlich, wenn Amerika Europa unterstützen, obwohl die Europäer in Wirtschaft und Politik eine feindselige Haltung einnahmen. Diese Einstellung fördere die Strömungen, die die unrealistische Idee „Fortress America“ verfolgten. Er akzeptiere, daß sich zwischen einem vereinten Europa und Amerika ein wirtschaftlicher Wettbewerb entwickele. Dies bereite ihm keine Sorgen. Für ihn sei auch nicht wichtig, ob Europa mehr Orangen oder Tabak kaufe, wichtig sei jedoch, daß nicht der Eindruck entstünde, die Neun organisierten sich gegen Amerika in Angelegenheiten von gewisser politischer Bedeutung, weil darunter die amerikanische Verteidigungsbereitschaft leiden müsse. Der Kongreß und die amerikanische öffentliche Meinung seien ohnehin über die amerikanischen Verpflichtungen schlecht gestimmt, obwohl durch die Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion, die Öffnung nach China und andere außenpolitische Ereignisse eine Verbesserung der außenpolitischen Situation eingetreten sei. Die Gefahr liege auch nicht in der Möglichkeit einer sowjetischen Aggression, Bre schnew und er wüßten zu genau, welche Zerstörungskraft jeder von ihnen besitze. Die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erfolge jedoch nicht aus Liebe, sondern aus bitterer Notwendigkeit. Der westliche Zusammenhalt dürfe in dieser Situation nicht durch provinzielle Streitigkeiten beeinträchtigt werden. Es sei nicht nötig, in allen Dingen Übereinstimmung zu erreichen, dies sei auch angesichts des Stolzes der einzelnen Partnerstaaten nicht möglich. Sicherlich sei auch die amerikanische Haltung zu arrogant, dennoch müsse eine generelle Übereinstimmung erreicht werden, in die auch Japan einzuschließen sei. Das Problem laute deshalb, wie der Westen eine Desintegration vermeiden könne, die die gegnerischen Kräfte stärken werde.

*Bundeskanzler* führte aus, alle Beteiligten müßten davon ausgehen, daß, wenn nicht noch in dieser Generation, dann spätestens in der nächsten Generation, der westliche Teil Europas sich in einer Art von Föderation zusammenschließen werde.

*Nixon* warf ein, daß ihm dies willkommen sei.

*Bundeskanzler* fuhr fort, daß die Verantwortlichen diesseits und jenseits des Atlantiks deshalb ein neues Verfahren für eine Zusammenarbeit zwischen diesem vereinten Europa und Amerika entwickeln müßten. Sicherlich werde das vereinte Europa nicht eine Weltmacht wie die USA darstellen, aber doch eine Macht mit großen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Hierin liege auch eine Entlastung für die weltpolitische Rolle der Vereinigten Staaten.

Auf die Frage von *Nixon*, ob angesichts der gegenwärtigen Lage in Europa diese Entwicklung weiterhin zu erwarten sei, führte *Bundeskanzler* aus, die Jugend in Europa, auch in England, finde keinen Geschmack mehr an den überkommenen nationalen Vorstellungen. Der Jugendaustausch habe hier einen großen Einfluß gehabt. Die Entwicklung in Europa werde sicherlich nicht zu einem Einheitsstaat, auch nicht zu einer Föderation oder Konföderation in überkommener Form führen, sondern zu einem Zusammenschluß, in dem die nationale Identität der einzelnen Mitglieder nicht zerstört würde. Die Mitgliedstaaten würden sich in wichtigsten Angelegenheiten wie Außenpolitik, Wirtschaft und Währung, Verteidigung und anderen mehr zusammenschließen, andere Angelegenheiten blieben Sache der einzelnen Staaten. Deren Individualität könne auf diese Art und Weise erhalten werden.

*Nixon* unterstrich, daß selbst in den Vereinigten Staaten in der Erhaltung einer gewissen Individualität der Staaten ein fruchtbare Gegengewicht gegen den Zentralismus gesehen werde. Gerade die Besonderheiten der einzelnen europäischen Staaten seien sicherlich erhaltenswürdig. Er wies noch einmal darauf hin, daß das wichtigste für ihn die Sicherheitsfrage sei. Amerika hielte den Nuklearschirm über die westlichen Staaten; die nuklearen Waffen Frankreichs und Großbritanniens seien bedeutend kleiner. In dieser Lage müsse alles vermieden werden, was die amerikanischen Isolationisten stärke. Der Zusammenschluß Europas sei zu begrüßen. Dennoch sollten die bilateralen Verbindungen zwischen Amerika und den einzelnen Staaten fortwirken, denn die amerikanische Regierung könne nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Sicherlich könnten die Neun und Amerika verschiedene Meinungen haben, aber wenn es um Fragen der Sicherheit wie im Mittleren Osten ginge, dann sei Vorsicht am Platz. Sicherlich liege die europäische Ölabhängigkeit bei 70%, die amerikanische nur bei 15%. Dennoch könne eine ständige Regelung im Mittleren Osten nur dann gefunden werden, wenn die Vereinigten Staaten sie trügen. Diese Regelung käme allerdings dann auch nicht zustande, wenn die Sowjetunion dagegen sei. Ziel Amerikas sei nicht, andere Staaten aus dem Mittleren Osten zu vertreiben, sondern Amerika sei der einzige Staat, der Israel helfen könne. Selbst wenn die amerikanischen Juden der Ansicht seien, daß es voll auf israelischer Seite bleiben müsse, sei es im israelischen Interesse besser, daß Amerika auch eine Verbindung mit Ägypten hergestellt habe.<sup>11</sup> Dabei wolle keine Hegemonie errichten.<sup>12</sup> Europa habe im Mittleren Osten eine große Rolle zu spielen. Die Aussichten für eine wirtschaftliche Entwicklung in diesem Bereich seien bei einem Erfolg der Friedensgespräche sehr gut. AM Kis-

<sup>11</sup> Die diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und den USA, die am 6. Juni 1967 abgebrochen worden waren, wurden am 7. November 1973 wieder aufgenommen.

<sup>12</sup> Unvollständiger Satz in der Vorlage.

singer habe bei seinem Gespräch mit Breschnew<sup>13</sup> festgestellt, daß dieser außerordentlich mißtrauisch sei, daß er eine Verdrängung der Sowjetunion aus der Region durch die USA befürchte. Dies sei keineswegs im amerikanischen Interesse, da Amerika vielmehr die Sowjetunion in die Regelung einbinden wolle, um sie stabil zu machen.

*Bundeskanzler* wies darauf hin, daß diese Hinweise für ihn in Vorbereitung seiner Gespräche in Kairo<sup>14</sup> wichtig seien.

*Nixon* bat darum, daß der Bundeskanzler Präsident Sadat seine Grüße ausrichtet und ihm für sein kooperatives Verhalten bei der Aufhebung des Embargos gegen Amerika<sup>15</sup> danke. Er bat, ihm auch zu bestellen, daß er entschlossen sei, die Friedensregelung weiter zu verfolgen. Dies sei für Sadat wichtig, der sich schon zu weit im Sinne einer Friedensregelung eingelassen habe, als daß er einen Mißerfolg überleben könne. Amerika werde Israel nicht zu Maßnahmen zwingen, aber es werde es mit allen Mitteln zu überzeugen versuchen, daß seine Zukunft nicht an dem Besitz einiger Streifen Landes hinge. Die arabischen Staaten hätten in den vergangenen Jahren ihre Kriegsfähigkeit bedeutend verbessert. Israel werde vielleicht noch einen Krieg siegreich bestehen können, in zehn Jahren werde dies aber nicht mehr wahr sein. Gegen die Sowjetunion werde Amerika auf die Dauer Israel auch nicht verteidigen können. Deshalb wünsche er mit allen Mitteln eine Regelung zu verwirklichen, an der sowohl die Sowjetunion als auch Europa beteiligt seien.

*Bundeskanzler* führte aus, daß unsere Beziehungen zu Israel gut seien und wir die Beziehungen mit Ägypten allmählich verbesserten. Die Gemeinschaft habe als Gesamtheit ein Interesse an Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Er habe allerdings immer wieder darauf hingewiesen, daß Europa nicht im Mittleren Osten tätig werden dürfe, um den Vereinigten Staaten ihre Aufgabe zu erschweren. Europa besitze nicht die Macht, eine Regelung herbeizuführen; besäße Europa diese Macht, dann würde es möglicherweise Amerika sagen, daß diese Aufgabe von uns übernommen würde. Da dies aber nicht der Fall sei, lege er Wert darauf, daß die amerikanischen Bemühungen nicht gestört werden dürften.

*Nixon* wies darauf hin, daß im vergangenen Jahr die europäischen Staaten wahrscheinlich fürchteten, Amerika werde Europa in der Ölkrisen schaden wollen. Dies sei aber nicht der Fall.

Er, Nixon, könne im Gegensatz zu Kennedy und Johnson offen mit den amerikanischen Juden sprechen. Er könne ihnen sagen, daß es nicht zu einem neuen Krieg im Nahen Osten kommen dürfe, sondern daß eine dauerhafte Regelung erreicht werden müsse. Hierfür müsse Israel verhandlungsbereit sein. Er sei froh, daß der Bundeskanzler Ägypten und Algerien<sup>16</sup> demnächst besuchen werde.

*Bundeskanzler* führte, auf die KSZE übergehend, aus, in Beantwortung des sowjetischen Wunsches nach einer abschließenden dritten Phase auf der Gipfel-

<sup>13</sup> Der amerikanische Außenminister Kissinger hielt sich vom 24. bis 28. März 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 104, Anm. 16, und Dok. 113, Anm. 13.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 21. bis 24. April 1974 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 124–127.

<sup>15</sup> Zur Aufhebung des Ölboykotts mehrerer arabischer Staaten gegen die USA vgl. Dok. 75, Anm. 11.

<sup>16</sup> Bundeskanzler Brandt besuchte Algerien vom 19. bis 21. April 1974. Vgl. dazu Dok. 121 und Dok. 123.

ebene habe er immer wieder darauf hingewiesen, daß der Inhalt der Abschlußdokumente dies rechtfertigen müsse. Die deutsche Seite sei zwar nicht besonders interessiert, sei aber unter dieser Voraussetzung zu einem Gipfeltreffen bereit. Sein Interesse liege darin, daß die Unterschrift des KSZE-Schlußdokumentes durch den amerikanischen Präsidenten eine zusätzliche amerikanische Verpflichtung in Europa zu den bestehenden Berlin- und Deutschland- sowie NATO-Verpflichtungen bringe. Falls es zu einer derartigen Gipfelkonferenz käme, sei es allerdings seiner Ansicht nach nicht gut, wenn der Präsident seine westeuropäischen Kollegen nur im gesamteuropäischen Rahmen träfe; er würde es vorziehen, wenn es zuvor, gegebenenfalls auf der Anreise, zu einer westlichen Gipfelkonferenz in Vorbereitung der KSZE kommen könnte.

*Nixon* entgegnete, daß er im Prinzip mit diesem Vorschlag einverstanden sei. Auch die amerikanische Seite mache die Entscheidung über die Gipfelebene von dem Inhalt der Abschlußdokumente abhängig. Auf die Frage des amerikanischen Botschafters *Irwin*, ob bei einem westlichen Gipfeltreffen der französische Widerstand sich nicht wieder bemerkbar machen könnte, meinte *Nixon*, ein Gipfeltreffen, das sich auf die KSZE-Problematik beziehe und hierzu eine gut vorbereitete westliche Position erbringe, sei vielleicht für die französische Seite akzeptabel.

*Bundeskanzler* fügte hinzu, für ihn sei jede Form akzeptabel, die beste sei wahrscheinlich der NATO-Kreis, wobei in der NATO die KSZE-Abstimmung zwischen den Neun und den übrigen Staaten sich ja ohnehin bewährt habe.

*Nixon* gab Weisung, AM Kissinger von diesem Vorschlag zu unterrichten und ihn zu bitten, ihn mit BM Scheel bei deren nächstem Gespräch<sup>17</sup> aufzunehmen.

*Bundeskanzler* sagte, er werde BM Scheel im gleichen Sinne unterrichten.

*Nixon* unterrichtete *Bundeskanzler* sodann über den Stand der SALT-Vorberichtigungen<sup>18</sup>. Das gegenwärtige Stadium sei deshalb schwierig, weil die Sicherheit beider Nationen durch die MIRV-Entwicklung unmittelbar tangiert sei. Die sowjetische Seite habe einen Vorteil im Wurfgewicht, die amerikanische Seite in den Zahlen und in der Treffgenauigkeit. Trotz der zahlreichen Presseberichte seien die Verhandlungen jedoch nicht in eine Sackgasse geraten.

Er glaube nach wie vor an eine Einigung, allerdings nicht an einen umfassenden Text. Die Sowjetunion wünsche eine Denuklearisierung des Mittelmeeres und einen Einschluß der FBS. Beides werde von den USA abgelehnt. Die Konsultation werde im üblichen Sinn fortgesetzt werden. Jedenfalls werde Amerika keiner Entscheidung zustimmen, die zu Lasten der Alliierten gehe.

*Bundeskanzler* dankte für diese Zusicherung.

**VS-Bd. 9959 (204)**

<sup>17</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem amerikanischen Außenminister Kissinger am 11. April 1974 in New York vgl. Dok. 120.

<sup>18</sup> Die sechste Runde der zweiten Phase der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) begann am 19. Februar 1974 in Genf. Vgl. dazu Dok. 61.

**Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem  
Ersten Sekretär des ZK der USAP, Kádár, in Budapest**

8. April 1974<sup>1</sup>

*János Kádár:* Exzellenz, gestatten Sie mir, daß ich Sie und die Herren Ihrer Delegation herzlich begrüße. Ich freue mich, daß Sie der Einladung, uns zu besuchen<sup>2</sup>, so schnell gefolgt sind. Ihre Mission entspricht genau unseren Vorstellungen. Ich empfinde, daß Ihr Besuch hier<sup>3</sup> besonders nützlich ist – wenn auch für Sie persönlich strapaziös.

Die Kontakte zu Ihrem Lande sind von großer Bedeutung – sie sind traditioneller Art. Im Bereich der Politik ist nun auch die Zeit für die Anwendung „ziviler Normen“ gekommen, wobei jeder nach seinem Glauben glücklich werden möge. Ich bin für die friedliche Koexistenz, für gegenseitig vorteilhafte Kontakte. Sie und Ihre Begleitung werden sicherlich ähnliche Vorstellungen haben. Mir scheint, die Bestrebungen treffen sich.

Ihre Regierung, Herr Minister, hat vieles dazu beigetragen, daß sich vieles in Europa geändert hat. Zwar war Ihr Aufenthalt hier nur kurz, aber, was wichtig ist, und hierüber hat mir Herr Puja bereits berichtet, es herrschte eine gute Atmosphäre!

*BM Scheel:* Herr Erster Sekretär, der Höhepunkt meines Aufenthaltes ist erreicht. Mein Kollege Puja und ich haben aus einer großen Zahl von Themen die wichtigsten herausgesucht und erörtert.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Aufrecht, Budapest, gefertigt und von Botschafter Kersting, Budapest, am 8. Mai 1974 mit Schriftbericht Nr. 457 an das Auswärtige Amt übermittelt. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 112673.

<sup>2</sup> Im Rahmen der Gespräche zwischen der Bundesrepublik und Ungarn vom 13. bis 16. August 1973 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen übermittelte der ungarische Stellvertretende Außenminister Nagy Staatssekretär Frank am 14. August 1973 eine Einladung an Bundesminister Scheel „zu einem Besuch Ungarns zu einem noch zu vereinbarenden Termin nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen“. Nagy sprach ferner eine Einladung an Frank zu Konsultationen mit dem Ersten Stellvertretenden Außenminister Puja in Budapest aus. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Vogel vom 14. August 1973; Referat 214, Bd. 112672.

<sup>3</sup> Bundesminister Scheel hielt sich vom 7. bis 9. April 1974 in Ungarn auf.

<sup>4</sup> Referat 214 resümierte am 18. April 1974 die bilateralen Aspekte des Gesprächs des Bundesministers Scheel mit dem ungarischen Außenminister Puja am 8. April 1974 in Budapest. Die Gesprächspartner seien übereingekommen, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu intensivieren. Zur Frage von Berlin (West) habe Puja vermerkt, „es sei für sein Land nicht akzeptabel, wenn demonstrative Schritte unternommen würden, als ob das Vier-Mächte-Abkommen nicht existiere.“ Scheel habe versichert, „die Bundesregierung wolle keine extensive Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens, sondern nur dessen strikte Einhaltung und volle Anwendung.“ Vgl. Referat 214, Bd. 112673.

Zur Erörterung der internationalen Fragen in dem Gespräch vermerkte Referat 214 am 18. April 1974, Puja habe die internationalen Entspannungsbemühungen begrüßt, aber kritisiert, daß die Europäischen Gemeinschaften und die NATO-Mitgliedstaaten sowohl bei KSZE als auch bei MBFR hindernd auftreten. Scheel habe diese Einschätzung zurückgewiesen und erklärt, daß eine asymmetrische Reduzierung der konventionellen Streitkräfte bei MBFR unvermeidlich sei, da die Streitkräfte des Warschauer Pakts denen der NATO in Europa überlegen seien. Vgl. dazu Referat 214, Bd. 112673.

Gott sei Dank gibt es auf bilateraler Ebene keine Schwierigkeiten. Die Tradition und Jahrhunderte überdauernden Bindungen machten es möglich, daß sich trotz der Schrecken des Krieges normale Begegnungen ergaben. Wir haben es auch verstanden, daß die Beziehungen Zeit benötigten; wir hatten genügend Geduld. Nun bin ich der Meinung, daß die diplomatischen Beziehungen gerade zur richtigen Zeit aufgenommen wurden.<sup>5</sup> Aber auch ohne diese Beziehungen hatten wir bereits gute Kontakte: einen guten Touristenverkehr, gute Handelsbeziehungen. Die Struktur der Warenlieferungen hatte sich verbessert. Es gab keine Störungen durch Defizite. Aber wie es im Leben ist, so ist es auch hier: Die freundschaftlichen Beziehungen benötigen einmal den amtlichen Segen. Dann ist es möglich, hierauf weiter zu bauen.

Wir haben uns vorgenommen, verschiedene Abkommen zu schließen:

1) ein langfristiges Abkommen über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit; 2) ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit; 3) ein Kulturabkommen; 4) Abkommen auf verschiedenen Gebieten des Verkehrswesens.

Hier kann gleich die Donau erwähnt werden als ein Fluß, der unsere beiden Länder verbindet, ein Gebiet künftiger Regelungen.

#### Internationale Fragen

Ich stimme Ihnen völlig zu, wonach unsere Länder jeweils einer anderen Wirtschaftsordnung, einer unterschiedlichen Gesellschaftsordnung zugehören. Zugeleich unterstelle ich, daß jeder von uns eine Vorliebe für seine Ordnung hat. Des weiteren bin ich der Ansicht, daß man sich einer Einflußnahme auf den anderen strikt enthalten sollte. Nur so werden sich viele Möglichkeiten auftun, für die Staaten wie für die Menschen. Spekulationen sind dabei nicht angebracht. Alles muß reifen!

Wir hatten ein schwieriges Verhältnis zur DDR. Es wurde inzwischen vieles geregelt und wird noch geregelt. Dies ändert zwar nicht die Welt, aber die Beziehungen der Beteiligten.

Die Erkenntnis, daß Leben und Existenz nur in Frieden möglich sind, wurde Allgemeingut. Die Mitarbeit der Bundesrepublik in der KSZE wird so verständlich; wobei die Bundesregierung bestrebt ist, überall den Versuch zu unterstützen, die Truppen und Rüstungen so zu vermindern, daß dabei das Gleichgewicht, die Stabilität nicht berührt wird.

Bevor wir in Genf zur Konferenz gehen, haben wir immer – wie Sie ja auch – Konsultationen mit unseren Verbündeten. Dies ist gut so. Die Kontakte der einzelnen Delegationen untereinander können auch nur förderlich sein.

#### Grundsätze der Außenpolitik

Förderung der EWG und der Atlantischen Union ist unser Ziel, weil beide Stabilität bzw. ausgewogene Machtstrukturen sichern. All dies ermöglicht erst eine richtige Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Vorteile für den einzelnen Menschen wollen wir sichern, und zwar für den Menschen auf beiden Seiten Europas.

<sup>5</sup> Die Bundesrepublik und Ungarn nahmen am 21. Dezember 1973 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 421.

*János Kádár:* Es läßt sich sicherlich miteinander sprechen. Tatsache ist aber, daß die einzelnen Länder zu verschiedenen Bündnissen gehören.

Vor 20 oder noch vor zehn Jahren wollte man es nicht wahrhaben, nun hat man es zur Kenntnis genommen, daß der andere eben auch einem anderen Bündnis zugehört. Ich bin kein Prophet! In der Zukunft können sich Bündnisse ändern; jetzt aber leben wir in bestimmten Bündnissen.

Sie kennen auch die Vorgeschichte der diplomatischen Beziehungen zu Ihrem Lande. Warum wir uns so verhalten haben? Aus Solidarität! Sie haben unser Verhalten verstanden.

#### Zur europäischen Sicherheit

Ob in der Konferenz der dritte oder der erste Punkt behandelt wird, ist belanglos. Wichtig ist die Erkenntnis, die man dabei gewinnt!

Gleichzeitig feiern wir in diesen Tagen die Jubiläen der NATO<sup>6</sup> und des Warschauer Pakts.<sup>7</sup>

Auch gibt es Kontakte zwischen EWG und RGW.<sup>8</sup> Wozu bemerkt werden kann, daß kurioserweise unsere Organisation, die der Kommunisten, die liberalere ist. Denn bei ihnen gibt es keine Quoten! Deshalb gibt es die verschiedensten Meinungen zu dieser Problematik. Manche meinen, wir müßten die EWG mehr auflockern oder uns mehr zusammenschließen!

*BM Scheel:* In der Tat gibt es diese Unterschiede zwischen EWG und COMECON, wie auch die unterschiedlichsten Ansichten, Auffassungen dazu; Probleme der Kohärenz, der Integration.

Ich erinnere mich an Meinungen, die von einer Auflockerung des COMECON sprachen. Dieser Meinung konnte ich mich nicht anschließen. Aber der Kontakt allein führt nicht zur Lösung des Problems. Die einzelnen Staaten müssen etwas hinzutun. Künftig wird ja der einzelne osteuropäische Staat individuell mit der EWG abschließen müssen.

*János Kádár:* Wir werden alle Aspekte prüfen. Aber wir erwarten mehr Elastizität von der EWG. Wenn wir von „wissenschaftlicher Arbeit“ sprechen, könnten wir auch den Ausdruck „abstrakte Wirtschaft“ als gleichbedeutenden Begriff verwenden.

Unser Kurs ist Ihnen seit 10 bis 15 Jahren bekannt. Er bedeutet die Aufsuchung aller realen Möglichkeiten. Er wird weiterhin beibehalten!

Auch vor kulturellen Beziehungen haben wir keine Angst. Die Politik der offenen Tür haben wir schon vor langem begonnen – viel früher als andere sozialistische Länder, insbesondere auf dem Sektor des Tourismus und des Bücheraustauschs.

Auch hat Ungarn seit 1956 viel an Bedeutung gewonnen, obwohl uns die westliche Presse in den dunkelsten Farben darstellt. Aber wenn Millionen sich mit eigenen Augen vergewissern können, dann hilft diese Darstellung niemandem.

<sup>6</sup> Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington gegründet.

<sup>7</sup> Der Warschauer Pakt wurde am 14. Mai 1955 in Warschau gegründet.

<sup>8</sup> Zu den Kontakten zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 64, Anm. 21.

### Austausch der Ideen

Wir waren von Anbeginn an an allen Tagesordnungspunkten gleichermaßen interessiert. Deshalb haben wir in Helsinki zugestimmt. Bei einer Vorausschau weiß ich aber nicht, welcher Partner dann – in zehn Jahren vielleicht – für eine Reduzierung eintreten wird? Ich bin aber optimistisch.

BM Scheel: Das Leben läßt sich in der Tat nicht in Formeln einfangen. Man sollte auf der KSZE-Ebene Grundsätze festlegen. Mit Herrn Puja möchte ich hier die Meinung teilen, daß nach dieser Konferenz eine nächste u. U. erst in Jahren erforderlich wird. Ein vorsichtiges Vorgehen ist angebracht. Man wird sehen, wie sich alles gestaltet, wenn die „Formulierungskünstler“ fertig sein werden.

János Kádár: Zur Wiener Konferenz<sup>9</sup>

Hier muß man zwei Ebenen unterscheiden. Die politische und die militärische. Kommt man auf der politischen voran, dann wird man auch auf der militärischen vorankommen. Vertrauen ist die Voraussetzung. Dies müssen wir unseren Delegationen immer wieder beibringen!

BM Scheel: Aussichten bestehen nur dann, wenn die Tendenzen der Entspannungen anhalten.

János Kádár: Einige im Westen fordern von uns Vorleistungen. „Zeigt auf militärischem Gebiet mal etwas“, sagen sie.

BM Scheel: Das ist nur Schritt für Schritt möglich. Die Voraarbeiten sind gediessen. Zuerst muß man sich auf die Sowjetunion und die USA beschränken. Dann sollten weitere Grundsätze erarbeitet werden für die nächste Etappe. Dann könnte man die Länder der betreffenden Regionen einbeziehen. Wichtig ist dabei die gegenseitige Vertrauensförderung. Geeignete Mittel könnten sein: Anmeldungen von Truppenbewegungen, Austausch von Manöverbeobachtern usw.

János Kádár: Ich sehe auch viele Möglichkeiten. Wichtig ist aber, zunächst auf der politischen Ebene den Anfang zu machen. Wir sind ja erst am Anfang des Anfangs!

Ich bin selbst kein Militär-Talent, auch kein Soldat. Aber militärische Fragen kann ich auch beurteilen. Ich weiß, daß ein Zusammenhang, eine Zusammenschau, erforderlich ist, was Truppeneinheiten betrifft, wie z.B. die Luft- und Landstreitkräfte usw. Alles gehört zusammen. So kam es zu unserer Annonce, wonach es hieß „Suchen einen Partner“. Diesen glauben wir in Italien gefunden zu haben.

Fest steht aber, daß wir alle das Geld viel besser für andere Zwecke verwenden könnten.

BM Scheel: Genau dies schilderte ich heute vormittag Herrn Puja. Ich nannte folgende Länder: Ungarn, ČSSR, Polen und DDR einerseits sowie die Bundesrepublik Deutschland und Benelux andererseits. Aber wenn sich die USA und die Sowjetunion zurückziehen, bleibt die Sowjetunion – als in Europa beheimatet

<sup>9</sup> In Wien begannen am 30. Oktober 1973 die MBFR-Verhandlungen, die nach kurzer Unterbrechung am 17. Januar 1974 wieder aufgenommen wurden.

tet – in der Nähe. Es würde mir Unbehagen bereiten, wenn nur die sowjetischen Truppen da wären.

*János Kádár:* Vielleicht könnte man die Sowjetunion geographisch verlagern, abschieben nach Mittelamerika?

**BM Scheel:** Wir werden vorwärts kommen.

*János Kádár:* Ich lobe gelegentlich – an entsprechender Stelle natürlich – im Umgang mit Engländern oder Franzosen Ihre Politik. Engländer und Franzosen sind noch immer mit Illusionen der Kolonialzeit befangen. Sie hatten noch keine diplomatischen Beziehungen mit uns und wenn es sich gehörte, haben wir uns gegenseitig beschimpft, aber unabhängig davon wurde geliefert. So sind die Deutschen.

Aber die Atmosphäre in Europa hat sich gebessert, wobei Ihre Verträge mit der Sowjetunion usw. eine große Rolle spielten. Ihre Regierung hat viel dazu beigetragen. Diesen Kurs würden wir gerne als einen dauerhaften sehen. Ich darf ein Gleichnis anstellen, wobei ich an eine Pflaume denke – deren Kern die Deutsche Frage darstellt. Mir ist bekannt, daß Sie zuhause viel angegriffen werden; im Parlament von der Opposition, die nicht zu unterschätzen ist. Wobei sich die letztere an die Gefühle der Menschen wendet. Sie war auch nicht erfolglos in der letzten Zeit. Gegen Ende der Adenauer-Ära erkannte man bereits, daß es so nicht weitergehen konnte. Zu jener Zeit gab es die Formulierung, die etwa lautete: Deutschland sei wirtschaftlich eine Großmacht, aber politisch eine Null.

Mit Ihrer Öffnung nach Osten haben Sie der europäischen Lage wie auch der BRD einen Dienst erwiesen. Heute ist die Rolle der BRD nicht mit einer Null zu kennzeichnen. Im Gegenteil: Sie nimmt eine Schlüsselfunktion ein. Dies im Verhältnis zur NATO und zur EWG. Aber auch im Kontakt zu den östlichen Ländern. Es wird sicherlich Nutzen gebracht haben.

Aber wenn die Sowjetunion oder andere sozialistische Länder sagen, sie bräuchten Garantien, dann ist dies nicht nur eine Redewendung. Was geschieht, wenn die Wahlen eine andere Regierung bringen, die dann wieder die alten Weisen spielt, die uns zum Halse heraushängen? Wir haben genug davon. Die Frage ist also: Ist dieser Kurs dauerhaft? Bitte, betrachten Sie das nicht als Einmischung in innere Angelegenheiten. Aber es interessiert uns, das muß ich in aller Offenheit zugeben.

**BM Scheel:** Ich möchte genauso offen antworten. Der Stellenwert der Bundesrepublik ist gewachsen. Dies ist kein Vergnügen, es bedeutet mehr Verantwortung. Es gibt auch Schwierigkeiten in der NATO. Die Gegenpole sind USA und Frankreich. Beide schauen auf die Bundesrepublik (Zwischenbemerkung Kádárs: Wir auch.) und erwarten von ihr Vermittlungshilfe. Genauso die Belgier. Wir sind aber keine Großmacht. Wir können nur mit größter Behutsamkeit vorgehen.

Ich möchte Sie aber gerne beruhigen! Die Ostpolitik ist zwar von der Opposition bekämpft worden – bis zur äußersten Grenze des parlamentarisch Üblichen. Nachher hat die Opposition jedoch erklärt, sie werde die Fakten ohne Einschränkung anerkennen.

Auch stellt sich ihre eigene Vorstellung nunmehr unter diesen Aspekt.<sup>10</sup> Auch war diese Entscheidung der Regierung von der öffentlichen Meinung getragen. Es gibt daher in Deutschland keine zwei in Haß einander gegenüberstehende Lager. Das ganze Volk steht dahinter. Auch ist die Opposition klug genug, einmal mit Rücksicht auf die Warschauer-Pakt-Staaten, zum anderen im Hinblick auf die eigenen Verbündeten. Zur Wahl 1976: Ich wünsche zwar der Opposition alles Gute, nur gerade die Mehrheit nicht. Dies wolle Gott verhüten.

*János Kádár:* Wir können natürlich auch so leben wie vor 15 Jahren. Aber so wie es jetzt ist, ist es doch besser. Mit den Katholiken sage ich: So soll es sein.

Ich bitte, den aktuellen Fragen stets Aufmerksamkeit zu schenken. Die diplomatischen Beziehungen sind nicht nur ein formeller Akt. Aber es ist gut, daß wir keinen Neubeginn in unseren Beziehungen haben. Einige Schritte so weiter, und vorteilhafte Perspektiven können sich eröffnen. An Konferenztischen sind wir häufig Nachbarn. Ihre Bürger und unsere begegnen sich gleichermaßen. Wir möchten, daß unsere kommunistisch werden, sind aber noch fern. Wir wollen in Ruhe und Frieden arbeiten und leben. Den Frieden zu wahren, sehen wir als unsere moralische Verpflichtung an. Die Verantwortlichen sind deshalb nicht zu beneiden.

Ich bitte Sie, meine Grüße dem Herrn Bundeskanzler überbringen zu wollen. Ihnen wünsche ich zu Ihrem Plan viel Erfolg.

*BM Scheel:* Alle Fragen werden wir ernsthaft prüfen. Ich glaube, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Es gilt, zur Verwirklichung zu schreiten. Dabei den Menschen das Kennen- und Verstehenlernen zu ermöglichen, ist unsere Absicht.

**Referat 214, Bd. 112673**

<sup>10</sup> So in der Vorlage.